

AKTIVES MUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.



DIE „ROTE KAPELLE“ IN PLÖTZENSEE

Umkämpfte Erinnerung am historischen Ort

IMPRESSUM

Aktives Museum

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Stauffenbergstraße 13-14

10785 Berlin

Tel. +49(0)30-263 9890 39

Fax +49(0)30-263 9890 60

info@aktives-museum.de

www.aktives-museum.de

Vorstand

Dr. Christoph Kreuzmüller Vorsitzender

Robert Bauer stellvertr. Vorsitzender

Marion Goers stellvertr. Vorsitzende

Dr. Karoline Georg

Astrid Homann

Dr. Akim Jah

Dr. Gerd Kühling

Angelika Meyer

Dr. Ruth Preusse

Lotte Thaa

Geschäftsführer

Kaspar Nürnberg

Redaktion

Kaspar Nürnberg

Konzept und Gestaltung

Lehmann & Werder Museumsmedien

in Kooperation mit Elke Lauströer, Grafik Design

Druck

Hans Gottschalk Druck & Medien GmbH

www.druckgott.de

Neue Mitglieder sind willkommen!

Jahresbeitrag 55,00 Euro, ermäßigt 27,50 Euro

Spendenkonto

Berliner Sparkasse

IBAN: DE87 1005 0000 0610 0122 82

BIC: BELADEVXXX

Bildrechtenachweis

Titel Landesarchiv Berlin, F Rep. 290 (04), Nr. 141133,
Fotograf: Gert Schütz

S. 4 VIP infotainment.service M. Gerhardt, Berlin

S. 5 Matthias Zickrow, Berlin

S. 7 Landesarchiv Berlin, F Rep. 290 (04), Nr. 141133,
Fotograf: Gert Schütz

S. 8 Bundesarchiv Koblenz, Bild 183-A0908-0060-002

S. 9 Berliner VVN-VdA e.V., Archiv

S. 10 Landesarchiv Berlin, F Rep. 290 (02), Nr. 124390,
Fotograf: Ludwig Ehlers

S. 11 Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin,
Fotograf: Jürgen Henschel

S. 12 Berliner VVN-VdA e.V., Archiv, Fotograf: Jürgen Henschel

S. 13 Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin,
Fotograf: Jürgen Henschel

S. 16 Leon Kloke, Berlin

S. 19 Museum Neukölln, Archiv

S. 20 Bundesarchiv, R 9361-III/106818

S. 25 Zentral- und Landesbibliothek Berlin

S. 27 Leonid Petrowytsch Leonidow, Charkiv

INHALT

- 2 Editorial**
Christoph Kreutzmüller
- 3 Christine Kühnl-Sager (1945-2022).
Ein Nachruf**
Kaspar Nürnberg
- 6 Die „Rote Kapelle“ in Plötzensee.
Umkämpfte Erinnerung am historischen Ort**
Gerd Kühling
- 16 Das Frauen-KZ im Kiez.
Ein nahezu vergessener Ort Neuköllns**
Leon Kloke
- 24 Adressbücher in Berlin**
Johannes Fülberth / Akim Jah / Christoph Kreutzmüller /
Jenny Porschien / Kathrin Schwarz / Bianca Welzing-Bräutigam
- 26 Holocaust-Gedenkorte in Charkiw.
Memorialisierung im städtischen Raum**
Ihor Dvorkin / Svitlana Telukha
- 28 Zum Abschluss des Projekts crowdCuratio – gemeinsam virtuell kuratieren**
Astrid Homann

Liebe Mitglieder, sowie Freundinnen und Freunde des Aktiven Museums,

Natürlich habe ich zu meinem Großvater längst recherchiert...: Von der Wehrmachtsauskunftsstelle erhielt ich vor knapp 10 Jahren eine kurze Zusammenfassung seiner Einsatzorte im Zweiten Weltkrieg. Das Blatt liegt vor mir, als ich diesen Text schreibe. Am 24. August 1942 wurde der Obergefreite in der Nähe von Orjol verwundet. Orjol ist mir als Historiker unter dem Namen Orel ebenso wie viele andere Orte in Russland, Belarus und in der Ukraine eben immer auch als Schlachtfeld – und als Ort von Massakern und Massenmorden... – bekannt. Seit dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf seinen westlichen Nachbarn unter dem hanebüchernen Vorwand, „Nazis“ bekämpfen zu wollen, wird dort wieder gekämpft – und gemordet. Ich finde es in diesem Zusammenhang wichtig, dass zwei Kolleg*innen aus der Ukraine unseren Rundbrief diesmal mit einem Beitrag zu ihrer geschichtspolitischen Arbeit bereichern.

Auch sonst sind wieder aufschlussreiche Beiträge zu unseren Themenfeldern versammelt: Gerd Kühling hat sich mit spannenden historischen Fotos der vielschichtigen Rezeptionsgeschichte der „Roten Kapelle“ angenommen, und zwar anlässlich des siebzigsten Bestehens der Gedenkstätte Plötzensee und des achtzigsten Jahrestages der Klebezettel-Widerstandsaktion der „Roten Kapelle“ gegen die NS-Propaganda-Ausstellung „Das Sowjetparadies“ – vier Tage nach dem Brandanschlag der jüdischen Widerstandsgruppe um Herbert Baum auf dieselbe Ausstellung.

Leon Kloke hat, ausgehend von einem mittlerweile sträflich vernachlässigten Gedenkort, sein Neuköllner Kiezzumfeld historisch beforcht. Die AG „Adressbücher in Berlin“ hat sich Gedanken über den Wert und die Fallstricke dieser historischen Quellengattung gemacht – und will das auch weiterhin tun. Und Astrid Homann berichtet abschließend von crowdCuratio.

Was ist sonst noch gewesen: Nachdem im letzten Jahr zwei Stolpersteine für Schwarze Deutsche in Berlin

verlegt wurden, konnte im April dieses Jahres eine Berliner Gedenktafel für den Schwarzen Kommunisten Joseph Ekwe Bilé in der Bülowstraße 39 in Schöneberg eingeweiht werden. Wie bei den Stolpersteinen für Ferdinand James Allen und Martha Ndumbe kam die Initiative dazu von dem Historiker Robbie Aitken in Zusammenarbeit mit Berlin Postkolonial e.V. sowie dem Projekt Dekoloniale Erinnerungskultur in der Stadt. Joseph Ekwe Bilé kam 1912 zum Studium des Bauingenieurswesens nach Deutschland und organisierte sich schon bald im Widerstand afrodiasporischer Menschen gegen kolonialrassistische Unterdrückung. 1935 konnte er nach einigen Hürden in seine Heimat Kamerun zurückkehren.

Ich freue mich sehr, viele von Euch bei der Mitgliederversammlung am 21. September zu sehen. Wir hoffen, diese „in echt“ durchführen zu können, wobei wir natürlich die Hygieneregeln einhalten werden, um uns alle zu schützen. Dort werden wir auf jeden Fall auch unseren Arbeitsstand hinsichtlich unseres großen Projekts „Zwangsräume. Antisemitische Wohnungspolitik im nationalsozialistischen Berlin“ vorstellen, das bisher den Arbeitstitel „Judenhäuser‘ und ‚Judenwohnungen‘ in Berlin“ trug. Und wir werden uns gemeinsam an unsere langjährige stellvertretende Vorsitzende Christine Kühnl-Sager erinnern, die im Frühling gestorben ist. Vielen Dank an unseren Geschäftsführer, dass er zugestimmt hat, seine Trauerrede hier im Rundbrief nochmals abzdrukken.

Schon jetzt bin ich gespannt auf den Herbstsalon am 18. Oktober und auf unsere übernächste Mitgliederversammlung, mit der wir – bitte vormerken! – am 10. Juni 2023 den 40. Geburtstag unseres Vereins begehen wollen. All jene unter Euch, die dazu einen Beitrag leisten oder Erinnerungen teilen möchten, melden sich bitte in der Geschäftsstelle!

Christoph Kreuztmüller
Vorsitzender

CHRISTINE KÜHNL-SAGER (1945-2022)

Ein Nachruf

Es ist eine der stärksten Erinnerungen, die ich an Christine habe: eines schönen Tages kam sie mich in der Geschäftsstelle besuchen und erzählte mir, dem Chorsänger, immer noch sichtlich ergriffen vom Besuch der Philharmonie am Vorabend und von der dort gehörten A cappella Musik. Während der Zeit der deutschen Besetzung Frankreichs hatte Francis Poulenc immer wieder anonym Texte aus der Résistance erhalten, darunter auch solche, die er als Gedichte seines Lieblingsdichters Paul Éluard identifizierte. Im Sommer 1943 komponierte er auf dieser Textgrundlage heimlich die Kantate für Doppelchor *Figure humaine* („Menschliches Antlitz“) und ließ sie klandestin drucken, damit sie nach der Befreiung aufgeführt werden könnte. Das Stück verhandelt die großen Themen von Unterdrückung und Angst, aber auch von Hoffnung und Zuversicht, existentialistisch und bewusst beschränkt auf die menschliche Stimme, unter Verzicht auf jegliche Instrumente. Der allerletzte Akkord inklusive dieses mörderisch hohen, dreigestrichenen E's war Christine in die Glieder gefahren in seiner monumentalen Kraft. Und zieht auch mir seit dem ersten Hören jedes Mal die Schuhe aus in seinem Ernst und seinem Bangen und seinem Ringen nach Trost und Versöhnung.

Immer mal wieder teilte sie solche Erfahrungen, die sie auf der Bühne und in der Literatur machte, stets auf der Suche nach Austausch und neuen Anregungen.

Dabei war sie geprägt von zwei Eigenschaften, die sie auch in ihrem klar konturierten politischen und ehrenamtlichen Engagement charakterisierten: einer gewissen Festigkeit und Strenge in ihren Anschauungen, aber unbedingt gepaart mit einer großen undogmatischen Toleranz gegenüber anderen Meinungen und Stilen. Bei Konflikten war sie stets die erste, die ein klärendes Gespräch anmahnte und dann

auch meist selbst mediatorisch führte. Ganz uneitel und an der Auflösung der entstandenen Dissonanz interessiert.

Christine pflegte ihre Freundschaften, durch eine wache Präsenz, durch engagiertes Nachfragen nach dem Befinden, durch das Nichtvergessen von Geburtstagen; durch treues Erscheinen bei Veranstaltungen, die anderen etwas bedeuteten. Aber auch durch saisonale Aufmerksamkeiten wie Konfitüren und Gelees (unvergessen das Pink Grapefruit-Gelee mit Pfefferkörnern...), später im Jahr durch immer neue verrückte Apfelsorten aus dem Laden in der Goltzstraße und, wenn es kälter wurde, durch selbstgemachte Kipferl.

Und sie brachte sich mit ihren Qualitäten und Interessen ein, wo sie nur konnte, von früh bis spät, ohne müde zu werden: wenn sie sich tagsüber im Aktiven Museum engagierte, tat sie das ja nicht, ohne im Anschluss noch im Café von Milica auszuhelfen, oder – kiezverbunden, wie sie war – sich für den Erhalt der Bäume in der Crellestraße einzusetzen, oder, oder, Ihr kennt das alle...

Vielleicht nicht ganz zufälligerweise ist der Granatapfel, der ja auch die Traueranzeige der Familie zierte, Christines Lieblingsfrucht gewesen. Die 613 Kerne, die er vermeintlich in sich trägt, symbolisieren die Anzahl der in der Torah erwähnten jüdischen Gebote. Aber auf Christine bezogen könnte diese große Zahl auch ihre verschiedenen Engagements ganz trefflich summieren...

Zum Aktiven Museum war sie 2005 gestoßen, da ging es gerade darum, die Lebensgeschichten der Berliner Stadtverordneten der Weimarer Republik zu erforschen, die später wegen ihres politischen Engagements verfolgt und oft auch ermordet wurden. Als aufopferungsvoll erinnert meine damalige Vorgängerin Christines Einsatz für dieses große Projekt, an einem der kältesten Tage, die Berlin je erlebt habe, sei sie sich nicht zu fein oder zu bequem gewesen, eine betagte Nachfahrin eines ehemaligen Stadtverordneten im tiefsten Rudow aufzusuchen, weil die Verabredung nun einmal stand.



Überhaupt war sie sich für nichts zu fein in ihrem Engagement, das haben mir einige wortgleich gesagt. Und ich habe diese Erfahrung auch jedes Mal wieder an den eintönigen Tagen gemacht, an denen wir Beiden traditionell die 500 Mitgliederrundbriefe oder die Einladungen zu den Mitgliederversammlungen frankiert und eingetütet haben, bis wir wunde Finger hatten.

Daneben stehen ihre mannigfaltigen Beiträge zu unseren Büchern und Ausstellungen, neben dem Stadtverordnetenprojekt beispielsweise für die Ausstellung über Varian Fry, über jüdische Unternehmen in Berlin, wo sie die Private Kunst- und Kunstgewerbeschule Reimann in der Landshuter Straße untersuchte oder bei der Ausstellung über den Kunsthandel im nationalsozialistischen Berlin, wo sie sich Karl Haberstocks annahm.

Sehr am Herzen lagen Christine auch aktivistische Protestformen im Stadtraum. Unvergessen der Protest mit Masken von Schriftstellerinnen und Schriftstellern, deren Bücher 1933 am Opern- und heutigen Bebelplatz verbrannt wurden, um sich während der Mercedes Benz Fashion Week 2010 dennoch Zutritt zum durch ein

riesiges Modezelt abgedeckten Mahnmal von Micha Ullmann zu verschaffen. Christine als Heinrich Heine...

Oder ihr jahrelanges Engagement für die Gedenktafel für Wolfgang Szepansky in der Methfesselstraße. Fünfmal wurde die Tafel von Unbekannten seit 2012 zerstört. Christine sorgte mit anderen jedes Mal dafür, dass sie wieder montiert und enthüllt wurde, irgendwann dann auch mit Rückendeckung der Kreuzberger Bezirksbürgermeisterin samt Panzerglas und Stahlrahmen.

Besonders wichtig war ihr die inhaltliche Begleitung und Unterstützung der seit 2012 beim Aktiven Museum angesiedelten Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin und insbesondere der von dort betreuten pädagogischen Projekte mit Kindern und Jugendlichen. Sie erarbeitete einen Stolpersteinspaziergang rund um den Kleistpark, der auch in einem Buch der Koordinierungsstelle veröffentlicht wurde. Alljährlich setzte sie sich für die Präsenz der Koordinierungsstelle auf der Berliner Ehrenamtsbörse im Roten Rathaus ein, um dort neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter zu gewinnen. Auf den Veranstaltungen des Aktiven Museums

musste es aus demselben Grund, mehr Aktive für die Sache zu gewinnen, immer einen Büchertisch geben, der von ihr aufgebaut, persönlich betreut und wieder abgebaut wurde. Da war es wieder, dieses „sie war sich für nichts zu fein“.

Damit auch nichts vergessen wurde, verging kein erster Tagesordnungspunkt einer Vorstandssitzung ohne eine (oder auch sechs oder sieben) Nachfragen von Christine zum Protokoll der letzten Sitzung: ist alles so ausgegangen wie besprochen, warum hat dieses oder jenes nicht geklappt... Von einigen gefürchtete, aber im Ergebnis effektive erste Minuten eines jeden Zusammentreffens. Die Zustimmung zum Protokoll, die seit ihrem Ausscheiden aus dem Gremium nun meist sekundenschnell herrscht, erinnert uns alle jedes Mal wieder an Christine – und daran, wie sehr sie uns fehlt.

Kaspar Nürnberg

Kaspar Nürnberg ist seit 2007 Geschäftsführer des Aktiven Museums.



DIE „ROTE KAPELLE“ IN PLÖTZENSEE

Umkämpfte Erinnerung am historischen Ort

Im August 2021 lief in den deutschen Kinos der Film „Die Rote Kapelle. Das verdrängte Widerstandsnetz“ an. Die Geschichtsdokumentation von Carl-Ludwig Rettinger klärt über das Wirken dieses Netzwerkes auf, das seine Bezeichnung seinerzeit von der Gestapo im Rahmen der Fahndung nach sowjetischen Spionagegruppen in Europa erhalten hatte. Dazu zählte die Gestapo (fälschlicherweise) auch mehrere lose verbundene Berliner Widerstandskreise um Harro Schulze-Boysen und Arvid Harnack, denen mehr als 150 Frauen und Männer unterschiedlicher politischer Herkunft angehörten.¹ Der Film beleuchtet für ein breites Publikum die Nachkriegsgeschichte der „Roten Kapelle“, die von Verleumdungen und dem Fortwirken von Gestapo-Mythen geprägt war. Dabei thematisiert er gekonnt ihre filmische Rezeption in der Bundesrepublik und in der DDR, wo in den 1970er-Jahren aufwändige Produktionen über sie entstanden. Rettingers Dokumentation gleicht diese Darstellungen ab und lässt mehrere Angehörige der Widerstandskämpfer*innen zu Wort kommen. Unter ihnen befindet sich der Berliner Hans Coppi. Sein gleichnamiger Vater und seine Mutter Hilde Coppi waren 1942/1943 wegen ihrer Zugehörigkeit zur „Roten Kapelle“ hingerichtet worden, die Mutter nur wenige Monate nach der Geburt ihres Sohnes. Der Film ist den 102 Toten des Widerstandsnetzwerkes gewidmet – fast die Hälfte von ihnen wurde im Strafgefängnis Plötzensee in Berlin ermordet.

In der Dokumentation werden verschiedene historische Orte aufgesucht, die mit der Geschichte der „Roten Kapelle“ in Europa verbunden sind. Die ehemalige Hinrichtungsstätte Plötzensee, die seit 1952 eine Gedenkstätte ist, befindet sich nicht darunter. Diese Zurückhaltung mag aus Rücksichtnahme auf die Betroffenen erfolgt sein. Tatsächlich war Plötzensee nach 1945 für die überlebenden Mitglieder der „Roten Kapelle“ und die Angehörigen der Ermordeten jedoch

ein wichtiger Ort des individuellen Trauerns und des gemeinsamen Gedenkens. Der folgende Beitrag möchte diese nicht einfache und oftmals von außen gestörte Auseinandersetzung der Angehörigen beleuchten. Er bezieht dabei die Entstehungsgeschichte der Gedenkstätte ein, die nach der Spaltung der Stadtverwaltung auf dem Territorium West-Berlins lag, aber weiterhin große Gesamt-Berliner Bedeutung hatte. Mit Blick auf die „Rote Kapelle“ soll skizziert werden, wie an dem historischen Ort mit dem kommunistischen Widerstand umgegangen wurde. Die Erinnerung an die widerständigen Freundeskreise um Schulze-Boysen und Harnack war dabei besonders brisant. Sie waren zwar ein politisch unabhängiges Netzwerk sehr unterschiedlicher Gegner*innen des Nationalsozialismus gewesen, nach 1945 konnten ihre einstigen Verfolger die Erzählung von einer durch die stalinistische Sowjetunion gelenkten Spionagegruppe jedoch weiterhin maßgeblich beeinflussen. In der Bundesrepublik galten ihre Mitglieder gemeinhin als kommunistische „Vaterlandsverräter“. In der DDR wurden sie demgegenüber als heldenhafte „Kundschafter der Sowjetunion“ geschichtspolitisch vereinnahmt. Gezeigt werden soll vor diesem Hintergrund, wie unter den Vorzeichen des Kalten Krieges und darüber hinaus in Plötzensee Gedenkfeiern für die „Rote Kapelle“ stattfanden, die mitunter von sehr unterschiedlichen Protagonisten unterstützt wurden.

Der Weg zur Gedenkstätte

Im August 1946 erschien in mehreren Berliner Zeitungen der Aufruf zu einem künstlerischen Wettbewerb für die Umgestaltung der ehemaligen Hinrichtungsstätte Plötzensee in eine Gedenkstätte. Initiator war der „Hauptausschuss Opfer des Faschismus“ des Berliner Magistrats. Demnach sollte in Plötzensee, wo durch die NS-Justiz insgesamt mehr als 2.800 Gefangene aus 20 Nationen hingerichtet worden waren, eine „internationale Weihstätte für die Antifaschisten aller Länder“ geschaffen werden. Damit folgte der Ausschuss seiner damaligen Ausrichtung, den Widerstand gegen das NS-Regime in der breiten Bevölkerung bekannter zu machen. Auch der im September 1946 im Berliner Lustgarten begangene „Gedenktag für die Opfer des



Gedenkfeier am ehemaligen Hinrichtungsschuppen des Strafgefängnisses Plötzensee mit Grundsteinlegung, 10. September 1951. Im Hintergrund das zerstörte Haus III, in dem die zum Tode Verurteilten inhaftiert waren.

Faschismus“ stand ganz unter diesen Vorzeichen: Überlebende verschiedener Widerstandsgruppen hoben auf der Veranstaltung die weltanschauliche Vielfalt der deutschen Widerstandsbewegung hervor, und auch über die „Rote Kapelle“ wurde berichtet. Noch Jahrzehnte später erinnerte sich Heinrich Scheel, der zum Kreis der „Roten Kapelle“ gehört hatte, an die Veranstaltung: „Niemand hielt dort eine gestanzte Rede, sondern Teilnehmer gedachten ihrer Mitstreiter, die im Widerstand den Tod gefunden hatten. Die Vielgestaltigkeit dieses Kampfes mit seinen unterschiedlichen Motivierungen wurde dabei ebenso eindrucksvoll bestätigt wie das aus ihm erwachsene Zusammengehörigkeitsgefühl, das mich ermutigte, in diese Trümmerwelt die Gewissheit zu tragen, nunmehr einer glücklicheren Zukunft entgegenzugehen.“² Die von Scheel beschworene Solida-

rität sollte im Kalten Krieg schon bald auf eine harte Probe gestellt werden.

Der Gedenkstätten-Wettbewerb von 1946/1947 stieß auf rege Resonanz. Mehr als 50 Beiträge wurden eingereicht. Kurzzeitig gab es sogar Überlegungen, eine von Kurt Schumacher angefertigte Skulptur zu berücksichtigen: Der Bildhauer und seine Frau Elisabeth waren Mitglieder der „Roten Kapelle“ und ebenso wie Harro Schulze-Boysen, Arvid Harnack, Hans Coppi und weitere Mitstreiter*innen am 22. Dezember 1942 in Plötzensee hingerichtet worden. Die Idee setzte sich jedoch nicht durch. Auch der Siegerentwurf des Wettbewerbs fand später keine Verwirklichung, vermutlich, weil das erforderliche Material nicht zu beschaffen war. Dennoch gab es im September 1948 am „Tag der

Opfer des Faschismus“ eine improvisierte Veranstaltung in Plötzensee. Es war das erste Mal, dass in Berlin aufgrund des Kalten Krieges getrennte Gedenkfeiern stattfanden: Der östliche Stadtteil feierte eine Massenkundgebung im Lustgarten, im Westteil der Stadt versammelten sich ausgewählte Gäste an der ehemaligen Hinrichtungsstätte. Ohne offizielle Gedenkfeiern war zu diesem Zeitpunkt ein Besuch des historischen Ortes allerdings schwierig, denn die Stätte befand sich nach wie vor auf dem Gelände des Strafgefängnisses. Als Falk Harnack Ende 1948 den Ort der Hinrichtung seines Bruders Arvid Harnack besuchen wollte, musste er vorab ein Gesuch an die Gefängnisleitung stellen – ob dies erfolgreich war, ist nicht überliefert.

Nach der Berlin-Blockade und der Spaltung der Stadtverwaltung beauftragte der Senat von Berlin 1949 den Architekten Bruno Grimmek mit der Gestaltung der Gedenkstätte Plötzensee. Die Grundsteinlegung erfolgte im Spätsommer 1951. Dabei zeigte sich einmal mehr die Vereinnahmung des Gedenkens im Kalten Krieg. Der Sozialdemokrat Ernst Tillich schlug in seiner Ansprache scharfe antikommunistische Töne an. Er ließ verlauten, dass „die Widerstandskämpfer von einst heute erneut wieder zum Kampf angetreten sind gegen Neofaschismus und Stalinismus“. Wenige Tage später erreichte den Senat das Protestschreiben eines West-Berliners, der zu Tillichs Auftritt empört festhielt: „Im Rücken des Redners stand das kleine Haus, in dem über 2000 Kämpfer ihren letzten Atemzug getan haben, der weitaus größte Teil waren Kommunisten. Und da wagt es Herr Tillich in einer Stunde, die deren Märtyrertod gewidmet ist, diese Unglücklichen zu verunglimpfen!“³

Die Eröffnung der Gedenkstätte im Jahr darauf blieb von derartigen Tönen verschont. Weiterhin waren Angehörige der „Roten Kapelle“ aufgrund ihrer Tuchfühlung Richtung Osten jedoch dem Vorwurf der landesverräterischen Betätigung ausgesetzt – während demgegenüber dem bürgerlichen Widerstand wachsende Anerkennung widerfuhr.⁴ Seit 1954 erinnerte der Senat in Plötzensee mit alljährlichen Gedenkfeiern an die hier hingerichteten Männer des Umsturzversuches

Bundesarchiv Koblenz, Bild 183-A0908-0060-002

Von der Polizei erzwungene Kranzniederlegung von FDJ und VVN vor dem Zugang zur Gedenkstätte Plötzensee, 8. September 1962

vom 20. Juli 1944. Auch Straßenbenennungen in der Nachbarschaft der Gedenkstätte galten oft dem militärisch-konservativen Widerstand. Als im Oktober 1962 die Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg der Benennung von weiteren dreizehn Straßen im Norden des Bezirks nach Widerstandskämpfer*innen zustimmte, waren darunter mit Franz Leuning, Alfred Delp, Adolf Reichwein, Elisabeth Gloeden, Josef Wirmer oder Bernhard Lichtenberg ebenfalls mehrere Beteiligte des 20. Juli 1944, des Kreisauer Kreises und des christlichen Widerstandes als Namensgeber vertreten. Eine kurze Stichstraße, nicht weit von Plötzensee entfernt, wurde der Katholikin Maria Terwiel gewidmet. Der „Terwielsteig“ war die erste Straßenbenennung in West-Berlin nach einer Angehörigen der „Roten Kapelle“; ob dies den Beteiligten bewusst war, ist nicht überliefert.

Ausgrenzung des kommunistischen Gedenkens

Demgegenüber zeigte sich in Plötzensee sehr konkret, mit welcher Entschlossenheit man im West-Berlin des Kalten Krieges vermeintlichen Kommunist*innen entgegentrat. Dies betraf insbesondere die Mitglieder der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN), die sich früh dem Gedenken der „Roten Kapelle“ verpflichtet hatten. Die VVN war in West-Berlin als kommunistische Tarnorganisation verschrien; die Polizei ging oft rabiat gegen sie vor. So auch im April 1955, als die Vereinigung eine Gedenkfeier in Plötzensee durchführen wollte. Bereits vor der Gedenkstätte wurde die Veranstaltung aufgelöst und mehr als 50 Personen verhaftet. Nur selten konnte die VVN in den folgenden Jahren ihre Feiern durchführen, und meistens nur unter Aufsicht der Polizei. Im September 1962 forderten die Ordnungshüter von den Teilnehmer*innen vorab, dass sie die Schleifen von den mitgebrachten Gedenkränzen entfernen müssten. Da sie dieser Anweisung nicht nachkamen, mussten sie die Kränze vor der Gedenkstätte ablegen.

Um die Erinnerungsfeiern der VVN in Plötzensee kam es zu harschen Auseinandersetzungen, deren Bilder sich tief in das Gedächtnis vieler Betroffener einbrannten. So riss die West-Berliner Polizei im September 1963 die Schleifen von Kränzen herunter, die verschiedene Organisationen zur Gedenkmauer in Plötzensee gebracht hatten. Die Ordnungshüter legten bei ihrem Vorgehen nicht nur eine Anordnung der westlichen Alliierten von 1959 offenbar sehr weit aus, nach der das Zeigen von DDR-Symbolen in West-Berlin untersagt war. Auch gab es eine Anweisung des Innensensors, nach der Schleifen entfernt werden durften, um „öffentliches Ärgernis zu vermeiden“. Die betroffene VVN protestierte vergeblich, auch Ost-Berliner Medien klagten die Vorfälle an. In den folgenden Jahren empörte sich eine immer breitere Öffentlichkeit über das wiederholte Schleifen-Entfernen. Die „Aktion Sühnezeichen“ hielt in einem Brief an den Regierenden Bürgermeister fest: „Wir haben in den letzten Jahren häufig Kränze mit Schleifen in Leningrad, Auschwitz und Theresienstadt niedergelegt.

Die Kränze einer christlich-westlichen Organisation sind nie angetastet worden.“ Als auch internationale Stimmen Unverständnis äußerten, begann im Senat ein Umdenken. Die „Süddeutsche Zeitung“ hielt dazu passend fest: „In den meisten Ländern der Erde würde man bei anstößigen Kranzschleifen an Gräber (sic!) den zu besänftigen versuchen, der Anstoß nimmt. Bei uns dagegen vollstreckt die Polizei seinen Willen, wenn er antikommunistisch ist.“⁵

Im Jahr 1966 nahm der Senat schließlich Abstand vom generellen Entfernen östlicher Schleifen. Dies sollte nur dann noch erfolgen, wenn sie von verbotenen Organisationen oder von offiziellen Trägern des „SBZ-Regimes“ stammten. Auch sollten sie beseitigt werden, wenn ihr Text die „freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik grob verunglimpfen“ würde. Nach diesen Vorgaben wurde im September 1967 noch ein Kranz des Zentralrates der Freien Deutschen Jugend (FDJ) entfernt, weil seine Schleifen Embleme der DDR trugen. Die übrigen Blumengebinde der FDJ, die ja auch in West-Berlin zugelassen war, wurden nicht beanstandet. Danach schienen sich alle Beteiligten mit den Vorgaben abgefunden zu haben; zumindest gab es keine weiteren Nachrichten zu Schleifen-Entfernungen. Erst in den 1970er-Jahren wurde dann unter Auflagen das Zeigen von DDR-Symbolen ebenfalls möglich.



Polizisten entfernen die Schleifen von Kränzen an der Gedenkmauer in Plötzensee, 7. September 1963



Große Anteilnahme für die Ermordeten. Pfarrer Harald Poelchau bei seiner Ansprache in Plötzensee, 22. Dezember 1967

Gedenken an die „Rote Kapelle“ in Plötzensee

Fast schon überraschend ruhig blieb es, als im Dezember 1967 anlässlich des 25. Jahrestages der Hinrichtung zahlreicher Mitglieder der „Roten Kapelle“ eine größere Gedenkfeier in Plötzensee stattfinden sollte. Die Einladung kam vom bekannten West-Berliner Geistlichen Harald Poelchau. Der ehemalige Gefängnispfarrer von Plötzensee hatte viele der zum Tode Verurteilten auf ihrem letzten Weg begleitet. In seiner Ansprache im Hof der Gedenkstätte hielt er fest: „Deutschland wäre viel Leid erspart geblieben, wenn diese Frauen und Männer mit ihrem Widerstand seinerzeit zum Zug gekommen wären.“⁶ Unter den Teilnehmer*innen waren zahlreiche Überlebende und Angehörige der „Roten Kapelle“, darunter die 84-jährige Mutter des hingerichteten Bildhauers Kurt Schumacher, Cay-Hugo von Brockdorff,

Heinrich Scheel und Ina Ender. Außerdem nahmen Propst Heinrich Grüber und eine Delegation des „Bund der Verfolgten des Naziregimes“ (BVN) sowie Vertreter*innen verschiedener Jugendorganisationen teil. Die Ansprache für die Angehörigen hielt Greta Kuckhoff, die Witwe des im August 1943 hingerichteten Adam Kuckhoff, die mit ihrem Sohn Ule gekommen war. Ihr Auftritt hatte bereits vorab für Schlagzeilen gesorgt: „Aus Ost-Berlin zur Gedenkfeier in Plötzensee“, schrieb etwa der Tagesspiegel über die Vizepräsidentin des Friedensrates der DDR, die wie einige andere Reisekader aus der ostdeutschen Hauptstadt anreiste. Noch in den Jahren zuvor hatte es kaum jemand zur Kenntnis genommen, wenn vereinzelte Mitglieder der „Roten Kapelle“ aus Ost-Berlin oder deren Angehörige an VVN-Gedenkfeiern in Plötzensee teilnahmen. Nun standen sie plötzlich in der Öffentlichkeit.



Für die extrem rechte Presse war die Gedenkfeier vom 22. Dezember 1967 ein Skandal. Die „National- und Soldatenzeitung“ empörte sich über die Kranzniederlegung für die „landesverräterischen Sowjetagenten der ehemaligen Spionageorganisation“ und agitierte gegen die Organisatoren der Veranstaltung. Die West-Berliner Medien zeigten sich demgegenüber insgesamt recht zurückhaltend. Die Ost-Berliner Berichterstattung hob dafür detailliert die Beteiligung zahlreicher Organisationen hervor, darunter die Vertreter der SED aus West-Berlin, der West-Berliner VVN und der FDJ. Aus der DDR nannte sie die Delegationen des Zentralrates der FDJ und des „Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer“. Angesichts der Breite des Publikums stichelte das „Neue Deutschland“ gegen den Senat, dieser habe „abgesehen von der Polizei“ keine offiziellen Vertreter zu der Feier entsandt.⁷ Dass die Ordnungshüter keine

Kränze beanstandeten, war keine Erwähnung mehr wert. Auch übergang das SED-Organ geflissentlich, dass das Bezirksamt Charlottenburg, das Abgeordnetenhaus von Berlin und das „Kuratorium Unteilbares Deutschland“ Gedenkkränze niedergelegt hatten.

Die breite Beteiligung an der Veranstaltung vom Dezember 1967 blieb eine Ausnahme. Allerdings markierte sie den Auftakt zu regelmäßigen Gedenkfeiern für die „Rote Kapelle“, zu denen die West-Berliner VVN jeweils zum Jahresende einlud. Für viele Überlebende der Verfolgung und ihre Angehörigen hatte die Gedenkstätte im Norden Berlins eine besondere Bedeutung. Noch Jahrzehnte später hielt zum Beispiel Hans Coppi in einem Interview für die Fernsehdokumentation „Verräterkinder“ seine Zwiespältigkeit dem Ort gegenüber fest: „Plötzensee war und ist für mich ein



*Teilnehmer*innen der Gedenkfeier (v.l.n.r.): Heinrich Grüber, Ina Ender, unbekannte Person, Heinrich Scheel (halb verdeckt), Ule Kuckhoff und Greta Kuckhoff, 22. Dezember 1967*

unheilvoller Ort. Es ist ein Ort für mich der Stille und der individuellen Begegnung.“⁸ Trotz dieses Spannungsverhältnisses kamen er und viele andere Angehörige immer wieder an die ehemalige Hinrichtungsstätte, um an ihre Familienangehörigen, Freund*innen und Kamerad*innen zu erinnern.

Angesichts der wiederkehrenden Feiern im Dezember gerieten andere Todestage ein wenig aus dem Blick. Tatsächlich hatte die NS-Justiz im Zeitraum von Ende 1942 bis August 1943 verteilt auf mehrere Tage insgesamt 42 Mitglieder der „Roten Kapelle“ in Plötzensee hingerichtet. Darunter waren sehr viele Frauen, die mehr als ein Drittel des Kreises ausmachten. Nur selten wurde explizit auf sie verwiesen, doch es gab Ausnahmen. So erinnerte der BVN im September 1966 in seinem Mitteilungsorgan „Die Mahnung“ unter einer Liste von Namen daran, dass am 5. August 1943 „von den Schergen Hitlers 11 Frauen und 2 Männer der Widerstandsgruppe Schulze-Boysen-Harnack hingerichtet“ worden waren.⁹

Besonders verwies der Verband auf Klara Schabbel, eine ehemalige Sozialdemokratin und frühes Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend. Ihre Zugehörigkeit zur „Roten Kapelle“ zeigte einmal mehr die weltanschauliche Pluralität des Widerstandsnetzwerkes, dessen Mitglieder unterschiedliche Herkunft und Motive mitbrachten.

In diese Richtung zielte auch die Kritik, die die Überlebende Greta Kuckhoff Anfang der 1970er-Jahre an der Publikation „Die Schulze-Boysen/Harnack-Organisation im antifaschistischen Kampf“ übte. Das Werk war – maßgeblich vom Ministerium für Staatssicherheit beeinflusst – 1970 in der DDR erschienen und erlebte zahlreiche Neuauflagen.

Zu den Einwänden der Widerstandskämpferin hielt das MfS fest: „Genossin Kuckhoff brachte zum Ausdruck, daß in dem Buch die historischen Fakten im Wesentlichen richtig dargestellt sind, aber die am Widerstandskampf beteiligten Menschen ‚wärmer‘ dargestellt, ihre Motive zur Teilnahme am Widerstandskampf besser herausgearbeitet werden müssen. Dabei meint sie vor allem die in der Organisation illegal tätig



*Teilnehmer*innen der Gedenkfeier für die „Rote Kapelle“ (v.l.n.r.): Ina Ender, Axel Lautenschläger, Vera Küchenmeister, Hans Coppi, unbekannte Person, unbekannte Person, unbekannte Person, Heinz Schröder (mit Kranz der VVN), Heinrich Scheel, Greta Kuckhoff, unbekannte Person, Siegfried Bibo, unbekannte Person, Elfriede Paul, Erich Ziegler, 20. Dezember 1977*

gewesenen Frauen.“¹⁰ Auch bei Hans Coppi kamen spätestens in den 1980er-Jahren kritische Fragen zur Darstellung der „Roten Kapelle“ auf, nicht zuletzt, weil er um die unterschiedlichen Interpretationen in Ost und West wusste. Er wollte selbst herausfinden, was passiert war und wie sich – so formulierte er es Jahre später – „die Frauen und Männer mit ihren unterschiedlichen Biographien und Ansichten im Widerstand gegen das Naziregime zusammengefunden“ hatten.

Als an der Akademie der Wissenschaften der DDR unter Leitung des Historikers Heinrich Scheel 1987 eine Forschungsstelle zur „Roten Kapelle“ geschaffen wurde, fragte Scheel ihn, ob er mitwirken wolle: Hans Coppi schloss sich dem Vorhaben umgehend an.¹¹ Nach 1990 sollte er in Moskauer Archiven herausfinden, dass es seinem Vater aufgrund technischer Probleme nie gelungen war, einen Kontakt in die Sowjetunion herzustellen. In der DDR-Geschichtsschreibung war er dagegen als erfolgreicher Funker dargestellt worden.

In West-Berlin setzte in den 1980er-Jahren ebenfalls eine rege Forschungstätigkeit und Gedenkarbeit zur „Roten Kapelle“ ein. An mehreren Orten in der Stadt informierten Tafeln über ihre Mitglieder, und diverse Ausstellungen waren dem Kreis gewidmet. Dieses Erinnern war nicht unumstritten. So gab es immer noch Proteste, als im Sommer 1987 in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in einem neuen Ausstellungsbereich die Geschichte des Widerstandsnetzwerkes präsentiert wurde.

Zu dieser Zeit bahnten sich in der Stadt diverse Projekte zwischen Kulturinstitutionen in Ost- und West-Berlin an, auch Gedenkstätten waren daran beteiligt. In diesem Klima deutsch-deutscher Annäherungen fand im September 1988 eine Tagung der Evangelischen Akademie West-Berlin zur „Geschichte und Bedeutung der Widerstandsorganisation Schulze-Boysen/Harnack“ statt. Angehörige des Widerstandes, Überlebende und Expert*innen aus beiden Teilen der Stadt nahmen daran teil, unter ihnen Hans Coppi, Falk Harnack und Heinrich Scheel. Von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand kamen Peter Steinbach und Johannes Tuchel.

Die Tagung bot zudem Gelegenheit zur Teilnahme an der alljährlichen Gedenkfeier der VVN in Plötzensee. Hier sprachen neben Heinrich Scheel auch Vertreter von VVN und dem Evangelischen Bildungswerk. Das Ereignis zeigte eine Öffnung des Gedenkens an, die in den Jahren zuvor erfolgt war: Veranstaltungen der VVN in Plötzensee erregten kaum noch Aufsehen und wurden mittlerweile von breiten Bündnissen unterstützt.

Nach dem Ende der DDR und der deutschen Wiedervereinigung erhielt die Aufarbeitung der „Roten Kapelle“ nicht zuletzt aufgrund der Verfügbarkeit neuer Quellenbestände einen weiteren Schub. Zum 50. Jahrestag der Ermordung zahlreicher Mitglieder des Widerstandsnetzwerkes eröffnete im August 1992 in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand eine Sonderausstellung. Bei der Eröffnung sprach Kultursenator Ulrich Roloff-Momin aus, was einige Jahre zuvor noch undenkbar gewesen wäre: „Die Rote Kapelle war ein wichtiger und integraler Teil des deutschen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus.“¹² Am 22. Dezember 1992 fand in Plötzensee überdies erstmals eine Gedenkfeier für die „Rote Kapelle“ statt, zu der die Gedenkstätte Deutscher Widerstand einlud. Es sprachen Heinrich Scheel und Franz von Hammerstein,



Kranzniederlegung für die „Rote Kapelle“: Franz von Hammerstein (1.v.r.), Johannes Tuchel (2.v.r.), Heinrich Scheel (5.v.r.), Helmut Roloff (6.v.r.), Ekkehard Klaus, Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur (8.v.r.) und Gerhard Schoenberger, Direktor der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz (Mitte mit getönter Brille), 22. Dezember 1992

ein Mitbegründer der „Aktion Sühnezeichen“. Ein paar Monate darauf rückte schließlich der Todestag von Hilde Coppi und weiterer Frauen in den Blick. Am 5. August 1993 fand in Plötzensee eine Gedenkfeier statt, auf der Prälat Wolfgang Knauf und der Überlebende der „Roten Kapelle“ Helmut Roloff sprachen. Am selben Tag ehrte außerdem die überparteiliche Fraueninitiative „Berlin – Stadt der Frauen“ an der Gedenkstätte die hingerichteten Widerstandskämpferinnen des Netzwerkes.

Ort der Mahnung und der Aufklärung

In der Dokumentation „Die Rote Kapelle. Das verdrängte Widerstandsnetz“ wird im letzten Drittel des Films, als der Mord an Libertas Schulze-Boysen thematisiert wird, für ein paar Sekunden die historische Filmaufnahme einer Guillotine gezeigt. Der Hinrichtungsschuppen mit dem Fallbeil wurde in Plötzensee 1937 eingerichtet – davor waren Todesurteile noch im Gefängnishof mit dem Handbeil vollstreckt worden. Speziell für die Angehörigen der „Roten Kapelle“ ließ man Ende 1942 einen Stahlträger mit acht Eisenhaken einbauen. An diesem Galgen sollten einige Angehörigen des Widerstandsnetzwerkes den aus nationalsozialistischer Sicht besonders ehrlosen Tod durch Erhängen sterben, andere wurden enthauptet. Die Leichen erhielt das Anatomisch-Biologische Institut der Friedrich-Wilhelms-Universität. Der Mediziner Hermann Stieve nahm dort an den Leichen Untersuchungen für seine Forschung vor. Auch kümmerte er sich um das Verschwindenlassen der sterblichen Überreste, so dass die Angehörigen kein Grab als Ort des Trauerns aufsuchen konnten. Im Jahr 2016 fand man im Nachlass von Stieve mehr als 300 mikroskopische Präparate, die von Opfern der NS-Justiz stammten, darunter mehrere Frauen der „Roten Kapelle“. Am 13. Mai 2019 wurden diese Überreste in einer feierlichen Zeremonie auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof bestattet und die Grabstelle mit einer Gedenktafel versehen. Das Datum war sorgfältig gewählt: Am 13. Mai 1943 waren dreizehn Mitglieder der „Roten Kapelle“ in Plötzensee erhängt beziehungsweise enthauptet worden. Zu den Hingerichteten gehörte als einzige Frau die junge Mutter Erika Gräfin von Brockdorff. Ihre Tochter nahm 76 Jahre später an der Beisetzungszeremonie auf dem Friedhof teil. Saskia von Brockdorff, zu diesem Zeitpunkt 81 Jahre alt, sagte einem Journalisten danach, sie sei froh, dass es nun diesen Ort gebe. Ihre Begründung dafür war einleuchtend: „Weil ich sonst immer nach Plötzensee gegangen bin, das ist ein grausiger Ort.“¹³

Tatsächlich empfanden viele Überlebende und Angehörige den Gang zur Gedenkstätte Plötzensee als eine Bürde. Auch über die Gestaltung des historischen

Ortes gab es geteilte Meinungen. Im BVN hielt ein Protokoll 1959 zu Diskussionen mit dem damaligen Innensenator Joachim Lipschitz fest: „Die vom Senator des Innern geäußerte Ansicht: Keine Verniedlichung des Geschehenen, keine Ablenkung an der Stätte des Grauens, keine Verschönerung, sondern die Trostlosigkeit soll wirken und die Gedenkstätte zu einer Stätte ernster Besinnung machen, wird zwar nicht immer verstanden, ist aber wohl zu würdigen.“¹⁴

Schon früh hatten Überlebende gefordert, in Plötzensee müsse mehr geschehen. Dazu zählte auch, dass die zahlreichen Besucher*innen über die Geschichte des Ortes informiert würden. Zwar gab es dazu seit 1960 eine sehr nachgefragte Broschüre. Auch wurde in den 1970er-Jahren eine kleine Dokumentation in den Nebenräumen des ehemaligen Hinrichtungsschuppens angebracht. Eine umfassende Ausstellung gab es jedoch erst im Jahr 2002.

Der einstige Hinrichtungsraum in Plötzensee ist heute ein Raum des stillen Gedenkens. Im Bereich daneben erinnert seit 2019 eine neue Dauerausstellung an alle hier ermordeten Opfer der NS-Justiz; auch die „Rote Kapelle“ wird aufgeführt. Dazu beigetragen haben letztlich auch die Überlebenden und Angehörigen der Ermordeten. Denn über Jahrzehnte hatten sie einen individuellen und institutionellen Erinnerungskampf für die Rehabilitierung des Widerstandsnetzwerkes geführt und dafür gesorgt, dass die „Rote Kapelle“ nicht in Vergessenheit geriet.

Gerd Kühling

Dr. Gerd Kühling ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und Mitglied im Vorstand des Aktiven Museums. Hinweise zu nicht benannten Personen auf den Fotos nimmt der Verfasser gerne entgegen:

kuehling@gdw-berlin.de.

1) Siehe dazu: Hans Coppi, Jürgen Danyel, Johannes Tuchel (Hrsg.), Die Rote Kapelle im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1994.

2) Heinrich Scheel, Vor den Schranken des Reichskriegsgerichts. Mein Weg in den Widerstand, Berlin 1993, S. 406.

3) J. M., Protestschreiben an den Senat von Berlin vom 10. September 1951, Gedenkstätte Deutscher Widerstand (GDW), Archiv, Sammlung Plötzensee.

4) Hans Coppi, Jürgen Danyel, Abschied von Feindbildern. Zum Umgang mit der Geschichte der „Roten Kapelle“. In: Kurt Schilde (Hrsg.), Eva-Maria Buch und die „Rote Kapelle“. Erinnerungen an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1992, S. 55-84, hier: S. 67.

5) Vgl. „Kommunisten beschnitten – Polizeiaktion gegen SED-Kranzschleifen“, Stern vom 9. Oktober 1966, sowie „In Lidice und Plötzensee“, Süddeutsche Zeitung vom 16. September 1966.

6) „BVN ehrt die Opfer vom 22. Dezember 1942“, Die Mahnung vom 15. Januar 1968.

7) Zur Berichterstattung siehe (Auswahl): „Aus Ost-Berlin zur Gedenkfeier in Plötzensee“, Tagesspiegel vom 20. Dezember 1967; „Gedenktag in Plötzensee“, Telegraf vom 23. Dezember 1967; „Widerstandskämpfer geehrt“, Neue Zeit vom 23. Dezember 1967; „Antifaschistische Widerstandskämpfer geehrt“, Neues Deutschland vom 23. Dezember 1967; Gerd Hansen, „Sowjetspione in Westberlin geehrt“, National- und Soldatenzeitung vom 8. Januar 1968.

8) Christian Weisenborn, Verräterkinder. Die Töchter und Söhne des Widerstands, ARD-Fernsehdokumentation 2014.

9) Wahrscheinlich waren es sogar drei Männer und dreizehn Frauen.

10) Hier zitiert nach: Johannes Tuchel, Das Ministerium für Staatssicherheit und die Widerstandsgruppe „Rote Kapelle“ in den 1960er Jahren. In: Johannes Tuchel (Hrsg.), Der vergessene Widerstand. Zur Realgeschichte und

Wahrnehmung des Kampfes gegen die NS-Diktatur, Göttingen 2005, S. 232-261, hier: S. 259f.

11) Hans Coppi, „Irgendwie konnte ich meiner Herkunft nicht ausweichen.“ Interview mit Cornelia Siebeck. In: Cornelia Siebeck, Alexander Schug, Alexander Thomas (Hrsg.), Verlorene Zeiten. DDR-Lebensgeschichten im Rückblick – eine Interviewsammlung, Berlin 2010, S. 86-99, hier: S. 94.

12) Regina Griebel, Marlies Coburger, Heinrich Scheel, Erfasst? Das Gestapo-Album zur Roten Kapelle. Eine Fotodokumentation (hrsg. in Verbindung mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand), Halle 1992, S. 3.

13) Christoph Strack, Endlich ein Grab: Charité bestattet Gewebeproben von Hitler-Feinden. Ein Beitrag der Deutschen Welle vom 13. Mai 2019.

14) BVN-Bezirksgruppe Charlottenburg, Protokoll der Mitgliederversammlung vom 10. Februar 1959, GDW, Archiv, Sammlung BVN.

DAS FRAUEN-KZ IM KIEZ

Ein nahezu vergessener Ort Neuköllns



Blick auf das Gelände des ehemaligen KZ-Außenlagers, aufgenommen aus der Wohnung des Verfassers. Im Hintergrund die Fabrikgebäude der ehemaligen „Nationalen Krupp Registrierkassen GmbH“ (NCR).

Der blinde Fleck der Sonnenallee

Filmsequenzen, aufgenommen vor rund dreißig Jahren. Straßenszenen der Sonnenallee. Ansichten aus den angrenzenden Häusern geben einen guten Einblick auf den Sportplatz, Höhe Hertzbergplatz. Die Kamera hält auf Passanten, verfolgt ein Fußballspiel. Alles ohne Kommentar. Jede Perspektive ist ein Punkt in der visuellen Markierung des Ortes, der in etwa den Bereich der Adressen Sonnenallee 181-187/189 mit einer Sportanlage und zwei Kleingartenvereinen umfasst. Aus dem Off fallen Begriffe wie „Zwangsarbeit“ und „Sachsenhausen“. Hier, inmitten der Stadt, neben mehrgeschossigen Bürgerhäusern, direkt an der Braunauer Straße, die heute Sonnenallee heißt, befand sich seit 1942 ein Zwangsarbeiterinnenlager, das zwischen 1944 und 1945 als Außenlager des KZ Sachsenhausen diente. Es war mit Ausnahme des Ende 1936 aufgelösten KZ Columbia-Haus (siehe Beitrag im Mitgliederrundbrief 86)

das einzige Konzentrationslager innerhalb des Berliner S-Bahn-Rings. Die erzwungene Arbeit fand in den Werken der „Nationalen Krupp Registrierkassen GmbH“ (NCR) statt. Deren Fabrikgebäude sind bis heute im Areal um Thiemannstraße und Weigandstraße erhalten. Der Film pointiert geschickt die die Zeitschichten überlagernde Spannung von Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit der NS-Verbrechen, die hier vor Ort markant wird. Er gehört zu einem Kunstprojekt, das Anfang der 1990er-Jahre eine Senatsausschreibung zum geplanten Gedenkort in der Sonnenallee gewann.

Nur ein Teil des Projektes fand seine Umsetzung.¹ Eine schwenkbare Lichtinstallation des Künstlers Norbert Radermacher, in einiger Höhe in einem Kasten untergebracht, die bei einsetzender Dunkelheit, von einem Bewegungsmelder ausgelöst, einen sich bewegenden Text auf Blattwerk und Gehweg projiziert: „Auf diesem Gelände errichtete die Firma Nationale Krupp Registrierkassen GmbH für die Rüstung der Nationalsozialisten 1942 ein Zwangsarbeiterlager. Mehrere hundert Frauen waren hier eingeschlossen. Von 1944-1945 befanden sich über 500 jüdische Frauen aus Polen in diesem Lager. In diesen Jahren war hier eine Außenstelle des Konzentrationslagers Sachsenhausen.“

Das dynamische Spiel aus Aufscheinen, Bewegung und Verschwinden findet bei den Vorbeigehenden Beachtung. Ein etwa 10-Jähriger bleibt stehen, wendet sich an



Lichtinstallation zum Gedenken an das ehemalige KZ

die Filmemacher: „Was ist denn das?“ Er wird aufgeklärt und stellt weitere Fragen. Die Geschichte des Ortes wurde für einen kurzen Moment dem Vergessen entrissen.

Und 2022? Nur wenig hat sich in den vergangenen 30 Jahren am Erscheinungsbild der Sonnenallee verändert. Das Laufpublikum ist jünger, touristischer und internationaler geworden. Die Lichtinstallation existiert noch. Vergleicht man sie mit derjenigen im Film, so wird klar, dass ihr die wesentlichen, Aufmerksamkeit erzeugenden Elemente abhanden gekommen sind.² Keine sich bewegende Schrift, lediglich der Text wird nach Einbruch der Dunkelheit auf den Gehweg geworfen. Kaum eine Passantin bleibt noch stehen, um sich durchzulesen, was das Trottoir mitzuteilen hat. Möglich, dass ein Text auf Deutsch allein viele hier nicht mehr erreicht. Der Installation ist noch eine kleine Erinnerungstafel an die Seite gestellt.³ Der QR-Code der Tafel leitet Interessierte allerdings ins digitale Nirgendwo.⁴ Hinzugekommen sind drei große Werbetafeln vis-à-vis der Lichtinstallation, deren Werbebotschaften dem Ort den Rest verbliebener Würde und Pietät nehmen.

Die Wiederentdeckung

Der Verfasser wurde durch die Installation auf die Bedeutung des nachbarschaftlichen Ortes aufmerksam. Motiviert von der unerwarteten Entdeckung dieses „KZ im Kiez“ begann die Recherche, die stets mit Lohnarbeit und weiteren Interessen konkurrierte. Der projizierte Erinnerungstext erfasst den Doppelcharakter des Ortes als Zwangsarbeiterinnen- und als Außenlager des KZ Sachsenhausen. Zur Erstnutzung ergaben sich bei allen bisherigen Recherchen kaum weiterführende Hinweise. Daher wird das Zwangsarbeiterinnen-Lager in den folgenden Ausführungen wohl oder übel ausgeklammert bleiben.⁵

Ergebnisse der bisherigen Recherchen

Die Sichtung der zugänglichen Forschungsliteratur⁶ ergab, dass das Lager nicht gänzlich ignoriert wurde. In der Welle der Lokalgeschichtsforschung der 1980er-Jahre trat das Lager aus dem Schatten.⁷ Bereits

in den späten 1960er-Jahren ermittelte die „Zentrale Stelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen“ in Ludwigsburg im Fall des Neuköllner KZ. Das überlieferte Aktenkonvolut ist Grundlage aller bisher erschienenen Forschung.⁸ Hierbei handelt es sich überwiegend um Zeugenaussagen sowohl der Wachmannschaften als auch überlebender Gefangener. Originaldokumente aus deutschen Beständen hingegen sind nur wenige überliefert. Nach Aussage des KZ-Kommandanten von Neukölln wurden alle das Lager betreffenden Akten im April 1945 verbrannt. Eine Vielzahl von Archiven wurde im Zuge der Recherchen angeschrieben, um weitere mögliche Quellen zu orten.⁹ Neben dem umfangreichen Schriftmaterial aus Ludwigsburg ergab eine Recherche im Visual History Archive (VHA) der Shoah Foundation einen unerwarteten Glückstreffer. Es finden sich dort etwa 50 Interviews mit Überlebenden aus dem Neuköllner KZ in englischer, schwedischer und hebräischer Sprache. Damit gibt es für das KZ Neukölln eine erstaunlich gute Quellenlage im Bereich der Oral History, was in Zeiten des „Aussterbens der Zeitzeugen“ von besonderer Bedeutung ist.¹⁰ Zudem ist nicht auszuschließen, bei weiteren Archivrecherchen auf Originaldokumente zu Neukölln zu stoßen.¹¹ Die Rekonstruktion des Lagers und der dortigen Zustände beruht also vor allem auf juristischen Zeugenaussagen und Überlebendenberichten aus den 1960er- und 1990er-Jahren. Hierbei handelt es sich um sich teils deutlich widersprechende Aussagen, die ein abschließendes Urteil über die Lager-Geschichte (noch) nicht ermöglichen.¹² Aus der verschränkten Sichtung der Justiz-Akten aus dem Bundesarchiv, Zeitzeuginnen-Interviews und der Forschungsliteratur ergibt sich das folgende, vorläufige Bild zur Geschichte des KZ-Außenlagers in der heutigen Sonnenallee. Da die hauptsächliche Motivation hinter der Recherche darin besteht, die Opfer des Konzentrationslagers vor dem Vergessen zu bewahren, stehen ihre Erfahrungen im Vordergrund der Betrachtungen.

Die gefangenen Frauen

Das Neuköllner Außenlager des KZ Sachsenhausen war ein reines Frauenlager. Es bestand aus drei bis fünf

Baracken und war umzäunt.¹³ Es befand sich zwischen Braunauer und Weserstraße und wurde nach Westen von der Thiemannstraße begrenzt. Bei den in Neukölln inhaftierten Personen handelte es sich ab Sommer 1944 ausschließlich um Jüdinnen. Die Frauen kamen wahrscheinlich mit nur einem einzigen Transport Ende August/Anfang September 1944 aus dem Vernichtungslager Auschwitz vermutlich direkt in Neukölln an. Alle bisher identifizierten Frauen kamen erst im August 1944, bei der endgültigen Auflösung des Ghettos in Lodz, von dort nach Auschwitz-Birkenau. Es handelt sich bei den Frauen des KZ Neukölln daher um eine relativ geschlossene Gruppe, die bereits gemeinsam in Lodz litten und überlebten,¹⁴ was sich auch in einer erstaunlichen Dichte familiärer Beziehungen im Lager und einem oft als stark beschriebenen Zusammenhalt der Frauen ausdrückt.¹⁵ Die große Mehrheit waren Polinnen aus Lodz und Umgebung, die interne Lagerleitung¹⁶ setzte sich aus Tschechoslowakinnen zusammen. Darüber hinaus sind eine Ungarin und eine Deutsche aus Köln¹⁷ ermittelt. Das Alter der Frauen lag zwischen 14 und 42 Jahren.¹⁸

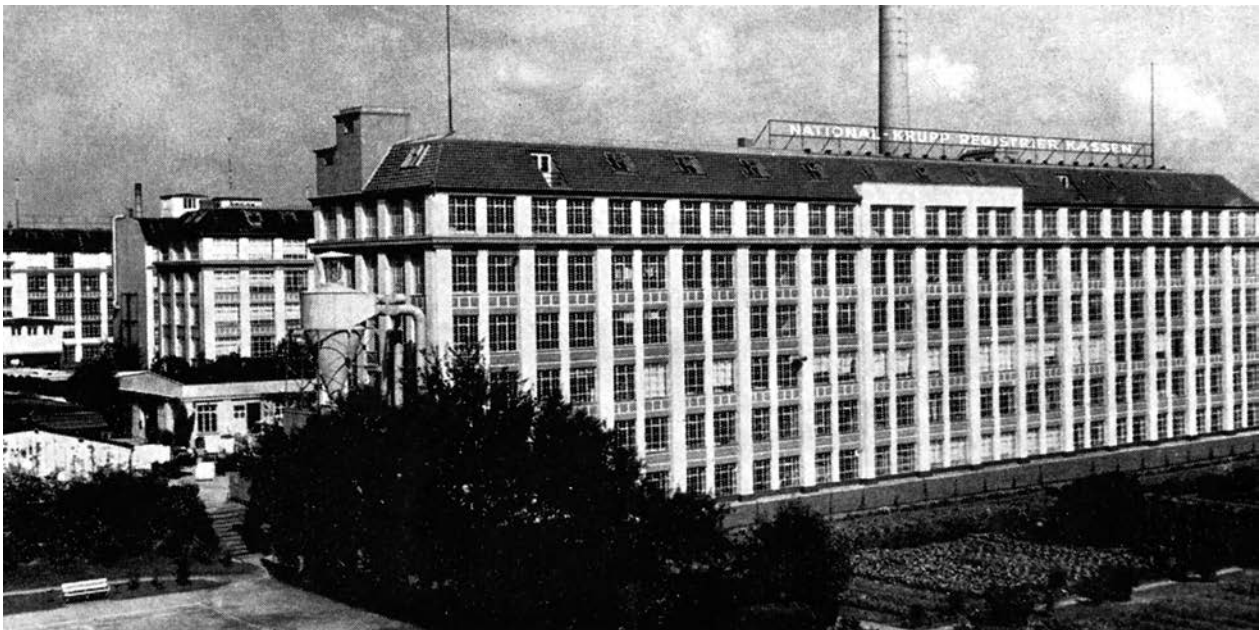
Exkurs zur geschichtlichen Kontextualisierung

Der alleinige Grund für die Überstellung der Frauen von Auschwitz nach Neukölln ist in ihrem Einsatz als Zwangsarbeiterinnen für die deutsche Kriegswirtschaft zu sehen. Angrenzend an das Lagergelände befindet sich das Fabrikgelände der „Nationale Krupp Registrierkassen GmbH“, welches dort hochmodern in den 1920er-Jahren errichtet wurde. Nach Ausbruch des Krieges wurde mit der Herstellung von Infanteriewaffen, Munition und Zündern für Bomben begonnen. Mitte 1944 kam es im System der Konzentrationslager zu einer Neuausrichtung, die Stefan Hördler als Phase der „Rationalisierung“ zur besseren Nutzbarmachung der Arbeitskraft der KZ-Gefangenen für die kriegswirtschaftlichen Bedürfnisse des Reiches (und damit überwiegend der Privatwirtschaft) beschrieben hat.¹⁹ In diesem Spannungsfeld aus „Ordnung und Inferno“ traten, so Hördler, rassistische und antisemitische Erwägungen der Vernichtung hinter rational-ökonomischen Interessen zurück. Dass Jüdinnen und Juden aus den

Vernichtungslagern im „Osten“ zurück ins „Reich“ gebracht wurden, um dort die letzten Kräfte in den Dienst der Rüstung ihrer Mörder zu stellen, ermöglichte ihnen, den Gaskammern zu entkommen, was jedoch keinesfalls eine Rettung bedeutete. In diesem Spannungsfeld des letzten Jahres des Konzentrationslager-Systems ist die Geschichte des KZ-Außenlagers Neukölln zu verorten.

Arbeit und Alltag der Frauen im KZ Neukölln

Der Arbeitsalltag für die Gefangenen bestand aus einem 12-Stunden-Tag, der bei der Tagschicht um 6 Uhr morgens begann, worauf die Nachtschicht ebenfalls für 12 Stunden um 18 Uhr in das NCR-Werk einrückte. Dem voraus ging ein frühes Wecken und ein Morgenappell. So unterschiedlich die Zeitzeuginnen später ihre Zeit in Neukölln auch einschätzten, die Arbeit bei der NCR wird stets als extrem hart und gefährlich beschrieben. So kam es aufgrund der teils schweren Handhabe von Maschinen, der Übermüdung und allgemeinen körperlichen Schwächung der Arbeiterinnen immer wieder zu schweren Unfällen. Hinzu kam die ständige, von Schikanen geprägte Überwachung durch die Aufseherinnen des Lagers und das Werkspersonal. An Sonntagen wurde nicht für Krupp gearbeitet, das Lager aber musste gesäubert werden. Beachtlich sind Aussagen, dass die Frauen eine Arbeitsuniform in Marineblau trugen und sich nach ihrer Ankunft in Neukölln die Haare wieder lang wachsen lassen konnten. Die Zustände im Lager werden von den meisten der Inhaftierten als verhältnismäßig gut beschrieben. Es gab tägliche, wenn auch völlig ungenügende Mahlzeiten, eine grundlegende medizinische Versorgung und die Möglichkeit zur regelmäßigen Körperhygiene. Eine Überbelegung des Lagers, wie in der letzten Phase des Krieges nicht unüblich, bestand in Neukölln wohl zu keinem Zeitpunkt.²⁰ Wenn auch Krankheit und Erschöpfung ständige und quälende Begleiter der eingesperrten Sklavenarbeiterinnen waren, brachen keinen schweren Seuchen aus.²¹ Obwohl Übergriffe durch die Wachmannschaften immer wieder genannt wurden, so waren sich Justizermittler und Zeitzeuginnen einig, dass es zu keinen Tötungshandlungen im Lager selbst kam.



Ansicht des hochmodernen Werks der National-Krupp-Registrierkassen, erbaut in den 1920er-Jahren. Hier mussten die 500 Jüdinnen aus dem KZ Neukölln in verschiedenen Abteilungen gefährliche Zwangsarbeit verrichten.

Auch die Lagerleitung wird überwiegend als erträglich erinnert, zwischen Wohlwollen und funktionalem Pragmatismus gegenüber den Gefangenen schwankend. Eine der überlebenden Frauen bezeichnete die Verhältnisse in Neukölln später als „paradiesisch“.²² Doch sollten diese Angaben nicht dazu verleiten, die Situation im Neuköllner KZ zu verklären, schließlich waren die Vergleichsfolien für die Frauen der brutale Alltag des Ghettos in Litzmannstadt und der Horror von Auschwitz-Birkenau.

Neukölln war eingebunden in das System der aufgeschobenen Vernichtung der Jüdinnen und Juden im letzten Kriegsjahr. Zwar gab es keine Tötungen vor Ort. Doch sprechen Zeuginnen von Selektionen und dem Verschwinden einzelner Personen oder ganzer Gruppen. Auch gibt es Berichte, dass der Kommandant des KZ eine große Gruppe von Frauen wegen „Sabotage“ zum Tode verurteilt habe. Nach 14-tägiger Bunkerhaft seien die Frauen wieder freigekommen. Ersichtlich wird, dass auch im KZ Neukölln physische wie psychische Gewalt zum Alltag der Frauen gehörte. Misshandlungen und Schikanen durch das Wachpersonal während des Arbeitseinsatzes oder auf dem Weg dorthin ziehen sich

durch fast alle Aussagen der ehemaligen Insassinnen. Die Angst, bei nicht mehr genügender Arbeitsleistung zurück „nach Auschwitz“ zu kommen, bestimmte den Alltag der jüdischen Arbeitssklavinnen.²³

Täter*innen

Das Wachpersonal setzte sich zum einen aus einer kleinen, bewaffneten Gruppe männlicher SS-Angehöriger „volksdeutscher“ Zugehörigkeit zusammen, die direkt dem SS-Wachbataillon Sachsenhausen unterstellt waren. Der größere Teil des Wachpersonals bestand aber aus einer Gruppe von Frauen, die meist angaben, sich im Frühjahr 1944 entweder freiwillig haben rekrutieren zu lassen, oder dem Dienst im KZ durch „Zwang“²⁴ zugeführt worden zu sein. Das Gros der Frauen kam aus Nord- und Mitteldeutschland und erhielt seine Ausbildung im KZ Ravensbrück. Einige von ihnen waren zuvor bereits in anderen Lagern um Berlin eingesetzt. Die Tätigkeit der bewaffneten SS-Männer beschränkte sich vermutlich darauf, das Lager von außen zu bewachen. Ein Zugang zum Lager war für sie nicht vorgesehen. Lediglich der Kommandant, ein sudetendeutscher Jurist namens Bruno



Der Kommandant des KZ Neukölln, SS-Unterscharführer Bruno Kreibich, Jahrgang 1903

Kreibich, befand sich regelmäßig im Lager und nahm dort gemeinsam mit der Oberaufseherin Margarete Trampenau, die vor ihrer Position als Arbeiterin bei NCR beschäftigt gewesen und gebürtige Neuköllnerin war, die Appelle ab. Die Unterbringung des gesamten Wachpersonals fand außerhalb des Lagers statt. Das weibliche Personal war für die Begleitung der Gefangenen zur und von der Arbeit ebenso zuständig, wie für deren Beaufsichtigung während der Arbeitszeit in den verschiedenen Abteilungen der NCR-Werke. Die Aufseherinnen waren, anders als das männliche Personal, nicht direkt der SS angehörig²⁵, nicht bewaffnet und hatten, den Aussagen zufolge, einen „lockeren“ Umgang miteinander. Ebenso wie Kreibich wird die Oberaufseherin Trampenau von der Mehrzahl der überlebenden Gefangenen in einem eher positiven Licht beschrieben. Durch andere Aufseherinnen und auch einzelne der Wachposten soll es jedoch regelmäßig zu Misshandlungen und Beschimpfungen der inhaftierten Frauen gekommen sein.

Das Außenlager in der Ordnung der Konzentrationslager

Ab Sommer 1944 war das Lager in der Braunauer Straße Bestandteil des expandierenden Nebenlagersystems des KZ Sachsenhausen. Das KZ Ravensbrück hatte da sein „Monopol“ über rein weibliche Außenlager gerade verloren.²⁶ Wenig ist bekannt über die genauen Kommandostrukturen zwischen dem Stammlager und Neukölln. Es liegen Hinweise vor, dass Neukölln dem Sachsenhausener Nebenlager in Lichterfelde unterstellt war, von dort aus Nachschub bezog und in regelmäßigeren Abständen inspiziert wurde. Weiterhin wird von einem „Untersturmführer“ aus Sachsenhausen berichtet, der regelmäßig zu Kontrollen nach Neukölln gekommen sei. Direkte Kontakte nach Sachsenhausen bestanden durch das männliche Wachpersonal, das dem Sachsenhausener SS-Wachbataillon zugehörig war. Eine Aufseherin will sich erinnern, eine der Gefangenen zur medizinischen Behandlung nach Sachsenhausen begleitet zu haben. Auch soll ein Zahnarzt von dort zu Behandlungen nach Neukölln gekommen sein. Die weiblichen Wachmannschaften erhielten im Jahr 1944 im KZ Ravensbrück ihre Grundausbildung. In Bezug auf die gefangenen Frauen sind für Ravensbrück Zugänge aus Neukölln belegt.²⁷ Dass diese dort den Tod fanden, erscheint wahrscheinlicher, als dass sie die Zustände und das Morden dort überlebten: „Kranke und Arbeitsunfähige, darunter Schwangere, kehrten nach Ravensbrück zurück; viele wurden selektiert und getötet.“²⁸ Vieles, wie z.B. die Arbeitsuniformen, die mögliche Selbstverwaltung und die verhältnismäßig „gute“ Situation im Lager, weist darauf hin, dass möglicherweise auch die Firma Krupp einen entscheidenden Einfluss auf das Leben „ihrer“ Arbeitsklavinnen hatte. Hierzu fehlen allerdings bisher sämtliche Quellen.

Die Lagerauflösung

Bei der „Evakuierung“ des Außenlagers um den 20. April 1945 herum, kamen die Frauen für einen Tag nach Sachsenhausen, um von dort weiter mit dem Zug ins KZ Ravensbrück verlegt zu werden. Das Frauen-KZ Ravensbrück spielt für die meisten der in Neukölln

inhaftierten Frauen eine existentielle Rolle, da sich hier für viele von ihnen nach der „Evakuierung“ ihr weiteres Schicksal entschied. Der Zufall wollte es, dass die meisten von ihnen durch eine Aktion des Schwedischen Roten Kreuzes nach Schweden gebracht wurden.²⁹ Wie viele der 500 „Neuköllnerinnen“ so gerettet wurden und wie viele noch auf Todesmärsche geschickt wurden, ist bisher unbekannt.³⁰ Bei britischen Luftangriffen auf die skandinavischen Busse kamen zahlreiche Frauen ums Leben.³¹ Viele der Überlebenden gingen in die USA oder nach Israel, manche blieben in Schweden oder kehrten in die CSSR zurück.

Kontaktzonen?

Abschließend soll auf die bereits aufgeworfene Frage nach der Sichtbarkeit der Frauen und des KZ im Kiez eingegangen werden. Kontakt zwischen den Frauen im Lager und Anwohnerinnen muss bestanden haben, dem wohl vorhandenen Sichtschutzzaun zum Trotz. Mit wenigen Ausnahmen berichten die Überlebenden davon nicht. Eine Überlebende erinnert sich daran, dass bei der Ankunft in Neukölln die Frauen beim Marsch ins Lager klar als Gefangene auszumachen waren, da sie geschorenes Haar hatten. Dieselbe Zeugin berichtet, dass bei Zunahme der Bombenangriffe die Frauen aus dem KZ gemeinsam mit Anwohnerinnen in Bunkern saßen.³² Bei Krupp hingegen hatten die Frauen direkten Kontakt zu deutschen Zivilarbeiterinnen. Auch der Kontakt zu ausländischen Zwangs- oder Zivilarbeitern, die in einem Lager in der Nähe untergebracht waren, der auf dem Arbeitsweg stattfand, wird vereinzelt von den Zeuginnen erinnert. Die Kontakte waren den Frauen verboten. Dennoch ergaben sie sich. Sie zeugen sowohl von Mitleid und Hilfsbereitschaft, aber auch von Böswilligkeit und Bereitschaft zur Misshandlung und Schikane sowie einem tiefsitzenden Antisemitismus in der Belegschaft der NCR.

Ausblick

Dass ein ehemaliges KZ innerhalb des Berliner Rings heute kaum Beachtung findet, ist ein absolut aufhebungswürdiger Zustand. Als der Verfasser im

Zuge der Recherchen Kontakt mit Norbert Radermacher, dem Gestalter der Gedenkinstallation, aufnahm, zeigte sich dieser hoch erfreut. Er merkte jedoch auch an, dass er sich nicht erinnern könne, seit Entstehen der Gedenkinstallation jemals wieder auf diese angesprochen worden zu sein. Auch ihm ist es ein Anliegen, dass der Ort, an dessen Erinnerung er vor dreißig Jahren erstmals gestalterisch mitwirkte, wieder die Aufmerksamkeit erfährt, die ihm aufgrund seiner Geschichte zukommen sollte.

Die besondere räumliche Situierung des KZ, der Geschlechteraspekt, die große Geschlossenheit der Gruppe der gefangenen Frauen, die Verzahnung von Vernichtung und (privatwirtschaftlich) organisierter Arbeit, die Einbindung des Ortes in das „Inferno“ des Konzentrationslagersystems und die Geschichte des Erinnerns vor Ort selber machen das „KZ Neukölln“ zu einem in vielerlei Hinsicht herausragenden Erinnerungsort. Die große Zahl von auf Film dokumentierten Zeitzeuginnen-Aussagen verlangt geradezu nach einer Aufbereitung des Materials für die pädagogische Arbeit. Es ist wünschenswert, dem Ort ein würdiges Erinnern zurückzugeben und das Wissen über ihn mit der Öffentlichkeit zu teilen, sei es vor Ort oder im digitalen Raum. Eine Kooperation mit möglichst vielen lokalen Akteuren wäre vorteilhaft. Erste Kontakte zum Museum Neukölln sind diesbezüglich erfolgt, ebenso wie eine unterstützende Begleitung durch das Aktive Museum. Eine Kooperation mit Schulen aus der näheren Umgebung wäre mehr als begrüßenswert.

Ich möchte schließen mit einem ausdrücklichen Dank an das Aktive Museum, das mir durch seine Unterstützung sehr geholfen und die Möglichkeit zur Publikation der vorliegenden Zwischenergebnisse ermöglicht hat.

Leon Kloke

Leon Kloke, Jahrgang 1984, ist Historiker, Germanist und seit 2016 Grundschullehrer in Berlin. In seiner Freizeit widmet er sich u.a. verschiedenen geschichtspolitischen Themen. Einem Ideenaustausch steht er jederzeit offen: leo.kloke@googlemail.com

1) Der 32-minütige Film von Jutta Sartory, Ingo Kratisch und Norbert Radermacher wurde nie der Öffentlichkeit gezeigt. Der Künstler Norbert Radermacher, dem an dieser Stelle mein besonderer Dank gilt, hat ihn mir zugänglich gemacht.

2) Wie und wann der Umbau/Rückbau stattgefunden hat und wieso er angewiesen wurde, konnte durch den Bezirk auf Anfrage nicht ermittelt werden. Der erfolgte Verweis auf das Archiv des Museums Neukölln erbrachte diesbezüglich nach Sichtung dortiger Akten keine weitere Klärung.

3) Initiiert wurde die Tafel durch das Quartiersmanagement Richardplatz Süd. Auch der angrenzende Kleingartenverein „NCR“ hat auf seinem Gelände eine Erinnerungstafel installiert: <https://www.kleingartenverband-neukoelln.de/ncr.html> Die Vorsitzende der Kolonie NCR e.V. erwähnt in einem Kommentar zum Artikel von Bosch/Tholeikis (Anm. 4) stattgefundenen Projektarbeit. Ein Kontakt konnte bisher nicht hergestellt werden. Dazu auch: Ramm, NCR.

4) „Das vergessene KZ Neuköllns“ von Daniel Bosch und Lianne Tholeikis machte bereits 2017 auf den desolaten Zustand des Erinnerungsortes aufmerksam: <https://www.neukoellner.net/zeitreisen/das-vergessene-kz-neukoellns/>. Die in Berlin lebende israelische Künstlerin Hadas Tapouchi greift das Lager in Neukölln in „Transforming“ (2015) auf, ihrer Auseinandersetzung mit vergessenen Orten der Zwangsarbeit in Berlin.

5) NS-Dokumentationszentrum Schöneweide: Der Bau des Barackenlagers für ausländische Zivilarbeiterinnen wurde im Juni 1942 beantragt und war für 500 Personen vorgesehen. Es sollen dort Österreicherinnen, Polinnen, Frauen aus der Tschechoslowakei, Ungarn, der UdSSR, Frankreich und Deutschland untergebracht gewesen sein. Bremberger schreibt von einer Belegung mit bis zu 865 Frauen (<http://www.zwangsarbeit-forschung.de/Lagerstandorte/Neukoelln/neukoelln.html>). Möglicherweise finden sich weitere Informationen in: Rainer Kubatzki, Zwangsarbeiter- und Kriegsgefangenenlager. Standorte und Topographie in Berlin und im brandenburgischen In-

land, Berlin 2001. Das Buch stand bisher nicht zur Verfügung.

6) Korb, Alexander, Berlin-Neukölln, in: Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager; hrsg. von Wolfgang Benz und Barbara Distel, Bd. III, München 2006, S. 111-115.

7) Spielmann, Jochen, Konzentrationslager Sachsenhausen, Außenlager Neukölln, Braunauer Str. 187/189; in: Kolland, Dorothea (Hg.), Zehn Brüder waren wir gewesen... Spuren jüdischen Lebens in Neukölln, Berlin 1988, S. 420-426; Gößwald, Udo, Memories – Eine unvollständige Geschichte. NCR in Neukölln, in: Sand im Getriebe. Neuköllner Geschichte(n), hrsg. vom Neuköllner Kulturverein, Berlin 1990; Ramm, Harald B., NCR – ein KZ-Außenlager in Berlin-Neukölln, in: Spanjer; Oudesluijs; Meijer (Hg.), Zur Arbeit gezwungen. Zwangsarbeit in Deutschland 1940-1945, Bremen 1999, S. 76-78.

8) Bundesarchiv Ludwigsburg B 162/28395, B 162/28396.

9) Verstreute Einzelfunde ergaben sich, neben dem Archiv des Museums Neukölln, in Archiven in Israel (Yad Vashem), den USA (USHMM), des Schwedischen Roten Kreuzes und der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen. Anfragen in polnischen Archiven waren ergebnislos (Gedenkstätte Auschwitz) oder stehen noch aus (Gedenkstätte Lodz). Aus der Gedenkstätte Ravensbrück liegt, Stand Juni 2022, keine Rückmeldung vor.

10) Ramm erwähnt ebenfalls ein Konvolut von Aussagen mit Überlebenden aus den 1990er-Jahren, die sich im Archiv des Museum Neukölln befinden sollen. Vgl.: Ramm, NCR, Anm. 5.

11) So könnten z.B. Zugangsmeldungen (wie sie für Ravensbrück laut Korb im USHMM vorliegen) und weitere Verwaltungsakten des Konzentrationslager-Apparates Informationen zum Neuköllner KZ liefern.

12) Dies gilt vor allem für viele Details zur Unterbringung, Hygiene, Versorgung und Organisationsstruktur des La-

gers. Aufgrund des Platzes und der Absicht einer möglichst knappen Vorstellung der vorläufigen Recherchen des Verfassers sind Auslassungen und Verkürzungen unverzichtbar. Auch wird auf die Angabe einzelner Quellen im Folgenden überwiegend verzichtet.

13) Ob die Umzäunung elektrisch war und ob es Wachtürme gab, darüber gibt es widersprüchliche Aussagen. Es existiert eine Luftbildaufnahme aus dem Jahr 1943, die fünf Gebäude auf dem Gelände des KZ zeigt, andere Quellen berichten jedoch nur von drei Baracken. Vgl.: Spielmann, Konzentrationslager, S. 421, Korb, Berlin-Neukölln, S. 112.

14) Eine überzeugende, prosaisch-fiktionale Beschreibung des Sterbens und Überlebens im Lodzer Ghetto lieferte Steve Sem-Sandberg mit „Die Elenden von Lodz“, Stuttgart 2011.

15) Unter den Frauen fanden sich viele Geschwistergruppen, aber auch teilweise Mutter-Tochter-Konstellationen.

16) Es ist nicht abschließend geklärt, wie stark eine Selbstverwaltung des Lagers ausgebaut war. Eine große Anzahl an Überlebenden und des ehemaligen Wachpersonals berichtet jedoch davon, dass die Lagerselbstverwaltung von mehreren tschechischen Frauen angeführt wurde. Die Tschechinnen wiesen diese Behauptungen in ihren Zeugenbefragungen aber zurück.

17) Der Zeitzeugenbericht von Frau Herzog ist über die Wiener Library online einzusehen: <https://www.testifyingtothetruth.co.uk/viewer/fulltext/105865/de/>

18) Interview Dora Langsam [Dorbrysz Bursztein, Namen in eck. Klammern = Geburtsnamen], VHA sowie Korb, Berlin-Neukölln, S. 112.

19) Vgl.: Hördler, Stefan, Ordnung und Inferno. Das KZ-System im letzten Kriegsjahr, Göttingen 2020.

20) 16 Frauen sollen pro Zimmer in den Baracken untergebracht worden sein. Jede habe ihr eigenes Bett gehabt. Interview Sylvia Kurek [Jacentowska], VHA.

21) In vielen Aussagen, auch seitens des ehemaligen Wachpersonals ist die Rede von einem Todesfall durch TBC. Viele der Zeitzeuginnen beschreiben ihren gesundheitlichen Zustand durch Erschöpfung, Unterernährung und Krankheiten als schlecht.

22) Interview Sylvia Kurek [Jacentowska], VHA.

23) Ebd.

24) Dienstverpflichtung als Zwangsmaßnahme, in: Erpel, Simone (Hg.), in: Im Gefolge der SS: Aufseherinnen des Frauen-KZ Ravensbrück. Begleitband zu Ausstellung, Berlin 2018, S. 81ff.

25) Zum Dienstverhältnis der Aufseherinnen in den Konzentrationslagern zur SS: Erpel, Simone, Einführung, in: Dies. (Hg.), Im Gefolge, S. 20f.

26) Vgl.: Hördler, Ordnung, S. 332ff. Bei einer Aufstellung der von Ravensbrück in die Verwaltung Sachsenhausens unterstellten Frauen-KZ taucht das Lager Neukölln allerdings nicht auf. Ebd., S. 337.

27) Vgl. Korb, Berlin-Neukölln, Anm. 5.

28) Hördler, Ordnung, S. 342. In vielen der Aussagen ist von einer schwangeren Frau die Rede, die selektiert und abtransportiert worden sein soll.

29) 7-8000 Frauen sollen in den letzten Tagen des Krieges aus Ravensbrück gerettet worden sein. Vgl.: Persson, Sune, Escape from the Third Reich. Folke Bernadotte and the White Buses, London 2009.

30) Von den tschechischen Überlebenden ist bekannt, dass sie von Ravensbrück aus auf einen Todesmarsch geschickt wurden, wobei ihnen bei Lübeck die Flucht gelang.

31) Persson, Escape, S. 212. Einige der Zeitzeuginnen aus dem VHA berichten ebenfalls von den Luftangriffen mit Todesfolge.

32) Interview Sala Scmuliewicz, VHA.

ADRESSBÜCHER IN BERLIN

Für biografische Recherchen zur Verfolgung im Nationalsozialismus bilden die historischen Berliner Adressbücher sowie die Jüdischen Adressbücher einen zentralen Referenzpunkt und eine wichtige Quelle – beispielsweise auch für das aktuelle Projekt des Aktiven Museums „Zwangsräume. Antisemitische Wohnungspolitik im nationalsozialistischen Berlin“.

Die vier Bände des bis 1943 jährlich im Hugenberg'schen Scherl Verlag erscheinenden Berliner Adressbuches sind einige Kilogramm schwer, umfassen (1943) 2.904 Seiten und genießen öffentlichen Glauben. Das „Jüdische Adressbuch für Gross-Berlin“ erschien zweimal zwischen 1929 und 1931 im Goedega Verlag und erlosch 1934 laut „Verlagsveränderungen im deutschen Buchhandel 1933-1937“ des Börsenvereins der deutschen Buchhändler, mutmaßlich aufgrund der politischen Entwicklungen. Beide Adressbücher sind digitalisiert und über die Webseite der Zentral- und Landesbibliothek (ZLB) zugänglich. Das Jüdische Adressbuch ist eines von wenigen bekannten jüdischen Adressbüchern in Deutschland, die vornehmlich in den 1920er- und 1930er-Jahren veröffentlicht wurden. Bisher ist wenig bekannt über den Goedega Verlag, der im Druckereigebäude von Gehring und Reimers in der Ritterstraße 75 seinen Sitz hatte. Zwei Mitarbeiter des Verlags, Emil Bergemann und Georg Landsberger, waren zeitweise auch für die jüdische „Central-Verein-Zeitung: Blätter für Deutschtum und Judentum“ tätig, während Ella Köring, geborene Wolff, und Max Steinfurt im Berliner Handelsregister von 1931 sowohl für den Goedega Verlag wie auch für „Die Therapeutische Registratur Buchholtz und Co.“, ebenfalls in der Ritterstraße 75, als Prokuristin und Geschäftsführer eingetragen waren. Für die Genealogie nehmen die Jüdischen Adressbücher eine wichtige Rolle ein, obwohl sie bei weitem nicht vollständig sind. Bisher ist nicht abschließend geklärt, woher die Daten für die Adressbücher stammen, obwohl eine Zusammenarbeit mit dem Preußischen Landesverband Jüdischer Gemeinden naheliegt.

Die Bedeutung der Adressbücher ist auch deshalb so groß, weil die im Landesarchiv Berlin verwahrte Einwohnermeldekartei Berlins eine rekonstruierte Quelle ist. Das Einwohnermeldeamt mit „sämtlichen Registern“ ist in den Jahren 1943 und 1944 im Rahmen von Luftschutzmaßnahmen aus Berlin verlagert worden. Dabei sind die Unterlagen auf mehrere Standorte in Schlesien und Pommern verteilt worden. Diese Meldeunterlagen gelten als Kriegsverlust. Nach Kriegsende standen daher zunächst nur die Meldekarten in den Polizeirevieren zur Verfügung. Die bis 1945 bekannte Organisation des Meldewesens, wonach der Polizeipräsident als oberste Meldebehörde wirkte, wurde fortgeführt. Örtlich zuständig war das Polizeirevier, in dessen Zuständigkeit die Meldepflicht fiel. Im Rahmen einer ersten Meldedatenerhebung erfassten Haus- und Obleute im Mai 1945 Häuser und ihre Bewohner*innen in Listen. Diese „Hauslisten“ wurden sowohl bei den Meldestellen der Polizeireviere als auch im Einwohnermeldeamt auf Karteikarten übertragen. Die administrative Spaltung Berlins 1948 beeinträchtigte den Neuaufbau eines Meldewesens erheblich. Die neuen Meldeunterlagen des Gesamt-Berliner Einwohnermeldeamtes befanden sich im Ostteil der Stadt; im Westteil begann der Aufbau eines neuen Einwohnermeldeamtes. Dazu wurden die dezentralen Meldekarteien der Polizeireviere herangezogen. Bis 1951 sind Karteikarten der Reviere dem zentralen Einwohnermeldeamt zugeordnet worden.

Die Kartei mit rund 2,8 Mio. Karten gibt für die Zeit von 1875 bis 1948 Auskunft über Einwohner*innen der gesamten Stadt, und weiter bis 1961 über Berlin (West). Anders als bei herkömmlichen Karteien, die alphabetischen Regeln folgen, bestimmt bei der Einwohnermeldekartei ein phonetisches Prinzip die Sortierreihenfolge. Innerhalb dieser Namensordnung wird dann weiter nach Männern, verwitweten Frauen und ledigen Frauen unterschieden. Karteikarten der deportierten Jüdinnen und Juden wurden in der Regel in den Polizeirevieren aussortiert und zu einem Sonderbestand zusammengefasst, jedoch versäumten es Revierpolizisten gelegentlich auch, diese Karten zu ziehen. Daher lassen sich in der im Landesarchiv



**sagen, wenn Ihnen zugemutet wird,
eine andere als die neueste
Adressbuch-Ausgabe zu benutzen**

sonst haben Sie Schaden

Anzeige aus dem Berliner Adressbuch, 1935

Berlin verwahrten Meldekartei auch Meldedaten von jüdischen Berliner*innen ermitteln, deren Karten mit einem roten „J“ gestempelt sind. Das Landesarchiv Berlin verwahrt seit 1989 die nach der Spaltung der Stadt im Westteil rekonstruierte Berliner Einwohnermeldekartei. Die unterschiedlichen Kriegsbeschädigungen der Polizeidienststellen sowie die Nachkriegssituation erklären dabei die Lücken. Das Kriegsschicksal der verlagerten Unterlagen konnte bisher nicht geklärt werden. Bei einer Stichprobe konnten wir von 20 Namen am Anfang der Seite 1295 (ab Buchstabe „K“) des amtlichen Adressbuches nur 2 Personen in der Meldekartei auffinden.

Entsprechend sind die Adressbücher eine vielgefragte Quelle. Viele Suchen im Berliner Adressbuch, wie auch im Jüdischen Adressbuch, enden aber enttäuschend, weil Namen nicht auffindbar sind oder die Angaben in Relation zu anderen Quellen nicht kompatibel erscheinen. Hier knüpft ein kleines Projekt an, mit dem das Aktive Museum in Zusammenarbeit mit der ZLB und dem Landesarchiv eine praktische Hilfestellung für die Arbeit mit den Adressbüchern als Quelle geben will. Was sind die Quellen der Adressbücher? Was ist in den Adressbüchern zu finden – und was nicht? Wie sind die Angaben vor allem hinsichtlich des zeitlichen Aspekts zu bewerten? Wo liegen die Fehlerquellen – und was wurde regelmäßig nicht erfasst? Antworten auf diese Fragen wollen wir in einem Faltblatt und einer kleinen Ausstellung an praktischen Beispielen anschaulich aufarbeiten.

AG Berliner Adressbücher (= Johannes Fülberth, Akim Jah, Christoph Kreuzmüller, Jenny Porschien, Kathrin Schwarz und Bianca Welzing-Bräutigam)

HOLOCAUST-GEDENKORTE IN CHARKIW

Memorialisierung im städtischen Raum

In der Gegenwart, zur Zeit des großangelegten Überfalls von russischen Truppen auf die Ukraine, durch den zahlreiche Menschen getötet, Gebäude zerstört und Denkmäler vernichtet werden, besteht die Hauptaufgabe der (Geschichts-)Wissenschaft darin, die Erinnerung an die vergangenen Ereignisse zu bewahren und die gegenwärtigen Geschehnisse für die Zukunft zu dokumentieren.

Die Tragödie des jüdischen Volkes während des Zweiten Weltkrieges war in der UdSSR ein Tabu. Deshalb gab es damals nur wenige Holocaust-Denkmäler. Und diejenigen, die an den Orten der Massenerschießungen in der Ukraine (wie z.B. 1976 in Babyn Jar) aufgestellt wurden, waren mit Inschriften wie „Im Gedenken an die sowjetischen Bürger, Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“ versehen, ohne spezifische Erwähnung der jüdischen Opfer. Laut Leonid Petrowytsch Leonidow, dem Leiter des „Organisationskomitees Drobyzkyj Jar“, das seit der Gründung am 22. November 1988 das Ziel verfolgt, die Erinnerungen an die Tragödie des jüdischen Volkes während des Zweiten Weltkriegs in Charkiw zu bewahren, gab es ein großes Problem damit, die Orte der Massenerschießungen zu verewigen: „Die Juden forderten ständig, dass an den Orten des Massermordes geschrieben wird, dass hier Juden erschossen wurden und nicht sowjetische Zivilisten.“ Aber letztlich entschieden die lokalen Behörden, für wen und an welchem Ort das Denkmal gesetzt werden sollte. Bis 1991 war es unmöglich, Gedenkstätten für ermordete Jüdinnen und Juden zu errichten, und erst nach der Erklärung der Unabhängigkeit der Ukraine bekamen jüdische Organisationen die Möglichkeit, Erinnerungen an ihr Schicksal zu bewahren und zu dokumentieren. Heute gibt es in Charkiw mehrere Gedenkstätten, die an die Tragödie des jüdischen Volkes mahnen.

In der unabhängigen Ukraine wurden in vielen Städten Holocaust-Mahnmale errichtet, vor allem auf Initiative von NGOs hin. Die wichtigsten Gedenkstätten in Charkiw sind der Gedenkpark Drobyzkyj Jar und die „Wand der Trauer“ am Ort des ehemaligen Charkiwer Ghettos, die Anfang der 1990er-Jahre errichtet wurde. Bereits 1955 hatte es auf Initiative des Kriegsversehrten Alexander Kagan in Drobyzkyj Jar ein erstes, aus Eisen gefertigtes Denkmal gegeben. 1967 errichtete die Stadtverwaltung ein Steindenkmal mit der Inschrift „Hier ruhen die Opfer des faschistischen Terrors von 1941-1942“. Leonid Leonidow bestätigt ebenfalls die Existenz dieses Denkmals und behauptet, dass es an diesem Ort auch ein kleines Denkmal gab, das bereits in den Nachkriegsjahren von den sowjetischen Behörden errichtet wurde: „Damals stand dort ein kleines Granitdenkmal. Ich kann nicht sagen, dass es unansehnlich war – ein Denkmal aus grauem Granit mit einer verallgemeinerten Inschrift, die das spezifische Leid der Charkiwer Juden unerwähnt ließ.“

Die Geschichte der Gedenkstätte Drobyzkyj Jar nimmt im kollektiven Gedächtnis von Charkiw einen wichtigen Platz ein. Die Errichtung des jetzigen Denkmals hat lange gedauert und war mit vielen Schwierigkeiten und interessanten historischen Momenten verbunden. Leonid Leonidow erinnert sich daran, wie der Wettbewerb um den besten Entwurf für das künftige Mahnmal ablief: Aus 29 Projektentwürfen wurden von denjenigen, die die Entwurfsausstellung besuchten, die Werke von drei Architekten aus Charkiw ausgezeichnet: S. Tschetschelnjytskij, O. Drugak und A. Yakovenko. Zur Überraschung und Empörung vieler wurde das Denkmal dann aber nach einem Juryentscheid von Alexander Leibfreid, einem anderen Architekten aus Charkiw, entworfen. Leonid Leonidow erinnert sich und kann dabei seine Unzufriedenheit nicht verbergen, ist aber gleichzeitig froh, dass es jetzt überhaupt einen zentralen Gedenkort bei Charkiw gibt: „Das war eine interessante Geschichte, aus der man viel lernen kann: Zwei Personen aus der Kulturstiftung begannen plötzlich zu argumentieren, dass die Entwürfe der drei Architekten nicht sehr interessant seien, auch, da sie die Tragödie der Juden überhaupt nicht widerspiegelten! Obwohl

ich finde, dass sie sie sehr wohl widerspiegelten und professionell ausgeführt waren. Jedenfalls wurde der Entwurf von Alexander Leibfreid und Victor Sawenkow ausgewählt. Es gab einige weitere Sitzungen, schließlich wurde beschlossen, das Projekt von Leibfreid zum Bau zu empfehlen. Und der Entwurf von Tschetschelnyskyj geriet in Vergessenheit. Ich versuche immer, die Wahrheit zu erzählen, die historische Wahrheit, dass nämlich dieses eine Werk von den Besucherinnen und Besuchern der Entwurfsausstellung ausgewählt wurde und das andere von der Kulturstiftung!“



Die schwarze Menoraplastik „Baum des Lebens“

2002 wurden jedenfalls das Menora-Gedenkzeichen, die Allee und das Denkmal in Drobyzkyi Jar außerhalb von Charkiw eingeweiht, 2005 wurde die Gedenkhalle der Trauer eröffnet. Im März 2022 wurde die Gedenkstätte Drobytsky Jar, insbesondere die Menoraplastik, von russischen Truppen beschossen und beschädigt.

Auf der Karte von Charkiw, zu der der unten angegebene Internetlink führt, sind auch andere Erinnerungsorte eingezeichnet, die dem Holocaust gewidmet sind: die bereits erwähnte „Wand der Trauer“, ein Denkmal auf dem Gelände des ehemaligen Ghettos an der Moskauer Allee; eine im Jahr 2000 angebrachte Gedenktafel am Ort der ehemaligen Synagoge in der Hromadyanska/Mischtschanska-Straße, wo mehrere hundert Jüdinnen und Juden umgekommen sind, oder

ein Denkmal für Aleksandr Meschtschaninow, den Arzt und „Gerechten unter den Völkern“. Einige Hinrichtungsorte sind hingegen noch immer nicht gekennzeichnet: Dazu gehören das ehemalige SD-Gefängnis, in dem auch jüdische Gefangene ermordet wurden, aber auch der Waldpark, in dem zwischen 1942 und 1943 etwa tausend Jüdinnen und Juden getötet wurden. Von den 24 Stolpersteinen, die bislang in der Ukraine verlegt wurden, liegt kein einziger in Charkiw.

Die Holocaust-Gedenkstätten in Charkiw wurden in den Jahren seit der Unabhängigkeit der Ukraine zu Orten, an denen Gedenkveranstaltungen von der Stadtverwaltung und öffentlichen Organisationen wie dem Charkiw „Regionalkomitee Drobytsky Jar“ organisiert wurden. Kleinere Gedenkfeiern finden an den Holocaust-Gedenktagen in Charkiw in der Nähe des Ghetto-Geländes und im Holocaust-Museum statt. Die größten Veranstaltungen finden aber in Drobytsky Jar statt, insbesondere offizielle Zeremonien zum Gedenken an die ermordeten Jüdinnen und Juden.

Die Ereignisse des russisch-ukrainischen Krieges 2022 werden zweifellos die Erinnerungspolitik an den Zweiten Weltkrieg in der Ukraine beeinflussen. Es werden neue Denkmäler und neue Gedenkstätten errichtet werden, aber die Erinnerung an die Tragödie des jüdischen Volkes in der Ukraine wird weiterhin bewahrt werden.

Ihor Dvorkin
Svitlana Telukha

Dr. Ihor Dvorkin und Dr. Svitlana Telukha sind Assistenz-Professor*innen am Fachbereich für ukrainische und kulturelle Studien und Wissenschaftsgeschichte an der Nationalen Technischen Universität Charkiw (Kharkiv Polytechnic Institute). Mehr zu ihrer Arbeit unter <https://dontforgetkharkiv.com.ua/>

Übersetzung: Nataliya Yashchyk, Ternopil

ZUM ABSCHLUSS DES PROJEKTS CROWDCURATIO – GEMEINSAM VIRTUELL KURATIEREN

Dank einer Förderung durch die Berliner Senatsverwaltung für Kultur und Europa im Rahmen der Richtlinie zur digitalen Entwicklung im Kulturbereich konnte das Aktive Museum das Projekt „crowdCuratio“ im Verbund mit berlinHistory e.V. durchführen. Unter dem gleichnamigen Titel entstand bis Ende Februar 2022 ein digitales Tool für kollaborative, partizipative und dezentrale Formen der Zusammenarbeit. Unter der Webadresse <https://crowdcurat.io> dokumentiert ein Blog die Projektentwicklung.

Die Testversion von „crowdCuratio“ wurde von Mitgliedern einer neuen Arbeitsgruppe des Aktiven Museums und der Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin erprobt, die derzeit zum Thema der „Judenhäuser“ in Berlin arbeitet. Ergänzend berieten Volontär:innen und der Kurator Gernot Schaulinski des Stadtmuseums Berlin das Projekt. Ihre Erfahrungen und Bedarfe flossen ebenfalls in die Entwicklung von „crowdCuratio“ ein.

„crowdCuratio“ wurde für dokumentarische, historische und pädagogische Projekte entwickelt, die damit einen kostenfreien Zugriff auf ein leicht nutzbares und niedrigschwelliges Open Source-Content Management System (CMS) erhalten. Als digitales Werkzeug unterstützt „crowdCuratio“ eine prozessorientierte Arbeitsweise auf Augenhöhe. Nach einer Anmeldung auf der Plattform erhalten alle Projektbeteiligten entweder gleichberechtigte oder unterschiedlich abgestufte Bearbeitungs- und/oder Kommentierungsrechte innerhalb eines eigenen, geschlossenen und passwortgeschützten Arbeitsraumes. Dort ist der jeweils aktuelle Stand für alle angemeldeten Nutzer:innen zugänglich und nachvollziehbar. So hilft „crowdCuratio“ Arbeitsgruppen, Transparenz über verschiedene Bearbeitungsschritte und Versionen von Projekten herzustellen. Durch die ausdifferenzierten

Zugangsrechte können partizipative Projekte auf der Plattform sehr einfach und standortunabhängig mit externen Beteiligten wie Schulen, Universitäten, Initiativen etc. zusammenarbeiten.

Im Ergebnis ermöglicht „crowdCuratio“ die Produktion eines zweisprachigen One-Pagers mit einer durch Kapitel gegliederten Textstruktur. Die Kapitel können durch einzelne Bilder, Galerien, Audios und Videos ergänzt werden. In der Plattform kann von Nutzer:innen mit Login eine Web- und PDF-Vorschau eines Projekts erzeugt werden. Die Ergebniswebseite verwendet neben HTML JavaScript und CSS und ist mit allen gängigen Browsern nutzbar.

Eine Veröffentlichung von Inhalten aus dem CMS in eine öffentlich zugängliche Webseite ist nicht vorgesehen, um die Betreiber:innen der Plattform vor Haftung und Verantwortung für Inhalte zu schützen. Die Initiator:innen von Projekten sind vollumfänglich für alle Aktivitäten verantwortlich. Die endgültige Projektwebseite und ein PDF werden als ZIP-Archive exportiert und enthalten sämtliche zum Betrieb der Seite und Download des PDF notwendigen Dateien. Dieses Archiv kann auf einem beliebigen Webhost unter einer von den Projektverantwortlichen dort frei wähl- und konfigurierbaren URL installiert und als statische Webseite betrieben werden.

Die Nutzung von „crowdCuratio“ ist kostenfrei, erst das spätere Hosting der entstandenen Webseiten muss durch die Projekte selbst geleistet werden. Um einen Zugang zur Plattform auf <https://app.crowdcurat.io> zu erhalten und eigene Webprojekte zu entwickeln, können sich interessierte Nutzer:innen an berlinHistory e.V. wenden: mail@berlinhistory.app

Astrid Homann

Astrid Homann ist Beisitzerin im Vorstand des Aktiven Museums, für das sie das Projekt „crowdCuratio“ koordinierte. Sie arbeitet in der Bildungsabteilung der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen und als freie Ausstellungsmacherin.

LIEFERBARE PUBLIKATIONEN DES AKTIVEN MUSEUMS

Ausgeblendet. Der Umgang mit NS-Täterorten in Ost- und West-Berlin

Berlin 2020

5,00 Euro

Immer wieder? Extreme Rechte und Gegenwehr in Berlin seit 1945

Berlin 2019

5,00 Euro

Berliner Bibliotheken im Nationalsozialismus

Berlin 2018

5,00 Euro

Stolpersteine in Berlin. 12 Kiezspaziergänge

6. Auflage, Berlin 2018

12,00 Euro

Stolpersteine in Berlin #2. 12 Kiezspaziergänge

4. Auflage, Berlin 2018

12,00 Euro

Stolpersteine in Berlin. Pädagogisches Begleitmaterial

Berlin 2015

8,00 Euro

Letzte Zuflucht Mexiko. Gilberto Bosques und das deutschsprachige Exil nach 1939

Berlin 2012

20,00 Euro

Ohne zu zögern... Varian Fry: Berlin – Marseille – New York

2., verbesserte Auflage, Berlin 2008

20,00 Euro

Haymatloz. Exil in der Türkei 1933–1945

Berlin 2000

20,00 Euro, CD-ROM 5,00 Euro

AKTIVESMUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Stauffenbergstraße 13-14
10785 Berlin

www.aktives-museum.de

Tel 030 · 263 9890 39

Fax 030 · 263 9890 60

info@aktives-museum.de